Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 64 (2014)

Heft: 3

Buchbesprechung: Besprechungen = Comptes rendus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und kommentiert, zugänglich. Bemerkenswert ist nicht zuletzt die hoch emotionale Rhetorik, in der Burckhardt in seinen 1843 bis 1848 als Auslandskorrespondent für die «Kölnische Zeitung» und die «Basler Zeitung» verfassten politischen Reportagen die drohende «Zersetzung der Schweiz durch die Demagogie» der «Radikalen» perhorresziert hat, eine Rhetorik, die getragen war von antidemokratischem Ressentiment, von dem er sich nie gelöst hat. In einem konzentrierten Querschnitt illustriert Walter-Busch Burckhardts kulturhistorische Methode als das seine allgemein-, kunst- und kulturhistorischen Arbeiten verbindende Element. Eine gekonnte Zusammenstellung und Exegese wichtiger Textstellen und Briefzeugnisse zeichnet die politische Diagnostik Burckhardts nach. Hier hätte man allerdings eine intensivere Auswertung der in der Kritischen Ausgabe neu vorgelegten Vorlesung Burckhardts über die «Geschichte des Revolutionszeitalters» (JBW 28) erwarten dürfen, die zu den meistbesuchten Lehrveranstaltungen des Historikers zählte und von zentraler Bedeutung für die Profilierung seines Geschichtsbildes war.

Der dritte Teil des Buches bringt Burckhardt und Nietzsche miteinander ins Gespräch. Walter-Busch geht zunächst den Ansätzen zu Nietzsches «Philosophie der Umwertung aller Werte» im Frühwerk nach, beleuchet die Ablösung des «unzeitgemässen» Nietzsches von Richard Wagner, dem Burckhardt immer fremd, ja ablehnend gegenüberstand und widmet sich dann dem näheren Verhältnis der beiden Intellektuellen. An den Reaktionen Burckhardts auf Nietzsches Werke arbeitet er die wesentliche Distanz heraus, die zwischen ihnen bestand. Berührungspunkte und Übereinstimmungen sieht er vor allem «in ihren Ansichten […] zur griechischen Antike oder zu politischen und kulturellen Defiziten der Gegenwart» (S. 161). Hier hätte ein eingehenderer Vergleich allerdings auch aufschlussreiche Differenzen herausstellen können. Dem «skeptischen Agnostiker» Burckhardt, so Walter-Busch, waren «das propagandistische Feuer» und der «religiöse Akzent des Apostels» in Nietzsches Denken «die befremdlichsten Züge» (S. 167). Er schätzte vor allem Nietzsches Werke der «freigeistigen Schaffensphase» von «Menschliches, Allzumenschliches» bis zur «Fröhlichen Wissenschaft», nicht zuletzt auch aufgrund ihrer aphoristischen Form (S. 169). Das mit dem «Zarathustra» beginnende Spätwerk hingegen mit dem Projekt der sich immoralistisch verschärfenden Umwertung aller Werte lehnte er ab, eine Ablehnung, die Nietzsche, der bis zuletzt von der geistigen Nähe zu seinem «Lehrer» Burckhardt überzeugt war, nicht zur Kenntnis nehmen wollte (S. 161). Ein eigenes (zu ausführliches, gleichwohl erhellendes) Kapitel widmet sich der Bezugnahme auf Burckhardt und Nietzsche im Renaissancekult der Jahrhundertwende. Die Frage nach Konvergenz und Distanz im Denken seiner beiden Protagonisten nimmt Walter-Busch schliesslich mit Blick auf die in der jüngeren Forschung (Mattioli, Flaig, Regent, Ruehl u. A.) geführte Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus Burckhardts nochmals auf. Er plädiert dafür, Burckhardts Ressentiment, das sich im Unterschied zu Nietzsches im Spätwerk vollzogener «philosemitischer», bzw. «anti-antisemitischer Wende» (eine in der Nietzsche-Forschung keineswegs unbestrittene Interpretation) nicht abgeschwächt, sondern radikalisiert habe, ohne Beschönigung zur Kenntnis zu nehmen, sich davon jedoch nicht den Blick auf das Gesamtwerk verstellen zu lassen (S. 223).

Werkbiographisch anregend und informativ, kann Walter-Buschs gut zu lesende Überblicksdarstellung durch ihre personenbezogene Perspektive und die eingangs angeführte Priorisierung der Primärtexte den eigenen Anspruch nur

mit Abstrichen erfüllen: die sozial- und zeitgeschichtliche, mehr noch die intellektuellengeschichtliche Kontextualisierung bleibt hinter dem, was die neuere Forschung erarbeitet hat, notwendig zurück. *Barbara von Reibnitz, Basel*

Sara Janner, **Zwischen Machtanspruch und Autoritätsverlust. Zur Funktion von Religion und Kirchlichkeit in Politik und Selbstverständnis des konservativen alten Bürgertums im Basel des 19. Jahrhunderts,** Basel: Schwabe Verlag, 2012 (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 184), 595 Seiten, 9 Abbildungen.

Im Zentrum von Sara Janners Studie steht die Beschreibung und Analyse der Funktion, die Religion und Kirchlichkeit für das konservative alte Bürgertum in Basel während des 19. Jahrhunderts hatten. «Kirchlichkeit» prägt die Autorin als Begriff, um eine typische Haltung des konservativen alten Bürgertums zu fassen, in der Religion ein zentrale Rolle spielt, Ortsgemeinde und Ortskirche miteinander identifiziert werden und Religion integraler Teil politischen Lebens ist. Damit verband sich für diese Gruppe auch ein Führungsanspruch. Der Wandel von einem 1803 in Basel wiederhergestellten Staatskirchentum hin zu einer Trennung von Staat und Kirche und damit zu einem Verständnis von Religion als «Privatsache» bildet den Hintergrund für die Darstellung des allmählichen Autoritätsverlustes dieser Gruppe – nicht nur auf religiösem Gebiet – und der zeitweise (noch) erfolgreichen Versuche, den eigenen Machtanspruch aufrechtzuerhalten. Dies wird anhand der Geschichte eines religiösen Vereins, des «Vereins der Freunde Israels», entfaltet. Der Verein wurde 1830 mit dem Ziel gegründet, vor Ort in Basel potentiell konversionswillige Juden auch materiell zu unterstützen und so ihre Hinwendung zum Christentum zu fördern. Diese sogenannte «Proselytenpflege» bildete das erklärte Hauptarbeitsgebiet des Vereins und wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts endgültig aufgegeben. Der Verein verlagerte damals nach einer jahrzehntelangen Krise seine Tätigkeit hin zu einer Missionstätigkeit ausserhalb Basels, seine Statuten wurden 1890 entsprechend revidiert. Dass Judenmission in Basel besonders vom konservativen alten Bürgertum getragen wurde, entspricht einer bestimmten, auch religiös konservativen Sicht auf Geschichte und Zeitereignisse, die damit einhergeht.

Auch wenn die Untersuchung sich explizit auf eine Gruppe innerhalb des Basler Stadtbürgertums konzentriert, die für den «Verein der Freunde Israels» eine tragende Rolle spielte, zeigt sie die vielfältigen Verflechtungen und Abgrenzungen zu anderen Gruppen auf, sowie die Rolle von regionalen, nationalen und internationalen Kontakten und Netzwerken für die verschiedenen Akteure. Sie fokussiert die soziale und politische Dimension und erhellt dabei bisher unterbelichtete Aspekte des politischen, religiösen und gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses in Basel. Dies wird u. a. möglich durch die für die Zeit von dessen Gründung 1830 bis 1889 weitgehend unverändert erhalten gebliebene Archivablage des Vereins. Damit eröffnen sich andere Zugangsmöglichkeiten, als sie die öffentlichen Archive in Basel bieten. Um die Relevanz eines solchen ergänzenden Zugangs zu illustrieren, sei hier nur ein Beispiel angeführt: Anhand des Bildes von Ratsherr Adolf Christ-Sarasin, der für viele das «fromme Basel» verkörpert(e), entwickelt Sara Janner anschaulich, welche Interessen die Überlieferung und damit auch die Archivierung im 19. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert hinein geleitet haben und wie das «fromme Basel» als historiographisches Konzept entstand. Das inzwischen weitgehend etablierte Bild des «frommen Basels» wird dadurch aufgebrochen und differenziert. In diesen Zusammenhang

gehört auch, dass die Untersuchung die Rolle der Brüdersozietät für das pietistische Basel wiederentdeckt.

Zu den 9 Abbildungen des Buches kommen noch 9 Tabellen und 14 Grafiken, u. a. zur Finanzlage und zur Herkunft der Spenden, zur Entwicklung des Tätigkeitsfeldes der sogenannten «Proselytenpflege» oder zur Mitgliedschaft des Vereins der «Freunde Israels», sowie zur Mitgliederentwicklung der Brüdersozietät von 1782 bis 1915. Ein Schönheitsfehler des Buches ist, dass es nur ein Personenregister enthält. Ein Orts- sowie ein Sachregister fehlen – und wären wichtig für die Erschliessung einer Monographie mit einer solchen Fülle an Detailinformationen. Insgesamt aber erfüllt Sara Janner den Anspruch des von ihr gewählten quellen- und personenzentrierten Ansatzes konsequent. Ihre Arbeit bietet vielfältige Einblicke in lokale Netzwerke, die eine beeindruckende Kenntnis der Verflechtung und Verästelungen einflussreicher Basler Familien – und ihrer Kontakte über Basel hinaus – verrät. Sie zeichnet anhand der Geschichte des «Vereins der Freunde Israels» ein facettenreiches und vielstimmiges Bild der sich verändernden politischen, sozialen und religiösen Landschaft Basels im 19. Jahrhundert. Damit ist diese Untersuchung nicht nur für an der Basler Stadtgeschichte oder an der Geschichte des Pietismus und der Erweckungsbewegung Interessierte relevant. Sie gehört zu den nicht gerade zahlreichen Studien zur Geschichte der Judenmission und hebt sich durch ihre politik- und gesellschaftsgeschichtliche Perspektive von den meisten andern Untersuchungen zu diesem Thema ab. *Ulrike Sill, Stuttgart*

Christof Dejung, **Die Fäden des globalen Marktes. Eine Sozial- und Kulturgeschichte des Welthandels am Beispiel der Handelsfirma Gebrüder Volkart 1851–1999,** Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, 2013 (Industrielle Welt, Bd. 85), 516 Seiten, 9 Tabellen, 25 Abbildungen.

Der Historiker Christof Dejung hat im vergangenen Jahr eine Studie vorgelegt, in der er mittels des schweizerischen Handelsunternehmens Gebrüder Volkart zentrale Aspekte der globalen wirtschaftlichen Vernetzung in der zweiten Hälfte des 19. und 20. Jahrhunderts aufzeigt. Die Firma Volkart entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts zu einem der grössten Exporteure indischer Baumwolle und damit zu einem der wichtigsten Handelshäuser auf dem indischen Subkontinent. Im 20. Jahrhundert expandierte die Firma und wurde zu einer der bedeutendsten Baumwoll- und Kaffeehandelsfirmen der Welt und zu einem der umsatzstärksten Schweizer Unternehmen. Dejung schreibt die Sozialgeschichte des Unternehmens Volkart von der Gründungsphase und den ersten Aktivitäten in Bombay in den 1850er Jahren bis zum Ende der unterdessen multinationalen Handelsfirma 1999.

Dejung will anhand der Geschichte dieses Unternehmens die «soziokulturellen Prozesse beschreiben, die den ökonomischen Austausch im weltweiten Massstab begleiteten und oft erst ermöglichten» (S. 17). Dazu stellt er drei zentrale Thesen auf, nämlich zum einen, dass die Expansion der Weltwirtschaft massgeblich von persönlichen Interaktionen und Netzwerken geprägt war, zum anderen dass Welthandelsfirmen in den jeweiligen Gastländern auf leistungsfähige lokale Produktions- und Handelsnetze trafen, und schliesslich, dass die Generierung von Vertrauenskapitel und die Pflege langfristiger sozialer Beziehungen zentral für den geschäftlichen Erfolg einer Firma wie Volkart waren (S. 17). Diese Thesen mögen Wirtschaftshistoriker mit globalem Fokus nicht überraschen, sind sie doch

generell etabliert und gerade auch mit Blick auf Handelsunternehmen bereits generiert worden.[1] Was Dejung jedoch vermag, ist, anhand des Unternehmens Volkart die soziokulturellen Prozesse detailliert zu beschreiben, die mit marktwirtschaftlichem Handeln einhergehen.

Die Arbeit ist im Wesentlichen chronologisch gegliedert. Insbesondere die gelungene Einleitung vermag es, die Studie fest in die bestehende Forschungslandschaft zu Globalisierungsprozessen und Handelsunternehmen einzubetten, aber auch darüber hinaus sind die einzelnen Kapitel gut historiographisch verankert. Auf diese Weise vermag es der Autor, eine Mikrostudie mit zahlreichen Innenansichten auf die Firma zu schreiben, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren bzw. die globale Perspektive aus dem Blick zu verlieren.

In einem ersten Teil beschreibt Dejung den Beitrag Volkarts zur europäischen Expansion bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Für die Handelsaktivitäten zwischen indischen Exporteuren und europäischen Importeuren wählt Dejung einen stark akteurszentrierten Zugang und betont die Bedeutung sozialer Netzwerke für den umfangreichen Warentransfer in dieser Zeit. Den Ersten Weltkrieg betrachtet Dejung in erster Linie als einen Wirtschaftskrieg und betont die Besonderheiten, die dieser für ein Schweizer Unternehmen mit sich brachte. Er arbeitet heraus, dass Volkart auf Grund der Preissteigerungen im Rohstoffbereich Rekordgewinne erzielen konnte (Kap. 4). Aufschlussreich sind die Ausführungen zur Gründung Schweizer Konsulate in Asien, die mit Handelsvertretern wie den Angestellten Volkarts besetzt wurden. Dieses Vorgehen war keineswegs einzigartig und für beide Seiten lukrativ und es zeigt den engen Zusammenhang von Staat, Wirtschaft und Expertise.

Im zweiten Teil widmet sich Dejung in einer Mikroperspektive dem Unternehmen selbst und analysiert dessen innere Struktur, von der Familie der Firmenbesitzer bis zu den Managern und Angestellten in Europa und Asien. Die Teilhaber stammten bis auf wenige Ausnahmen stets aus den Winterthurer Kaufmannsfamilien Volkart und Reinhart. Sie waren nicht nur Besitzer des Unternehmens, sondern übten auch die operative Leitung aus. Darüber hinaus nahmen sie eine reichlich paternalistische Haltung gegenüber ihren leitenden Angestellten ein, da sie deren Sozialleben engmaschig überwachten.

Im dritten Teil konzentriert sich Dejung auf die Zwischenkriegszeit bis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch er beschreibt die Zwischenkriegszeit als eine Phase der Ent-Europäisierung globaler wirtschaftlicher Kontakte und weniger als eine der De-Globalisierung. So verlagerten sich Produktionsstätten und Umschlagplätze von Europa nach Asien und Amerika und auch an diesem Transformationsprozess nahm Volkart teil. Gleichzeitig fand bei Volkart ein verbaler Rückbezug auf die nationalen Ursprünge der Firma statt. So betonte Volkart nach 1918 die Swissness des zu diesem Zeitpunkt notabene mit Hauptsitz in London gemeldeten Unternehmens.

Im vierten und letzten Teil der Studie widmet sich Dejung den Auswirkungen der Dekolonialisierung auf globale Handelsbeziehungen allgemein sowie die

1 Vgl. etwa Geoffrey Jones, Merchants to Multinationals. British Trading Companies in the Nineteenth and Twentieth Centuries, Oxford/New York 2000; Alfred D. Chandler, Bruce Mazlish (Hg.), Leviathans. Multinational Corporations and the New Global History, Cambridge (MA) 2005; Harold James, Familienunternehmen in Europa. Haniel, Wendel und Falck, München 2005.

Geschäfte des Unternehmens im Besonderen. Er beschreibt die zunehmende Einflussnahme nationaler Regierungen auf den Rohstoffhandel als eine Phase vermehrter Regulierung und Politisierung. Ausserdem verdeutlicht er bezüglich der Handelshäuser einen scharfen Konzentrationsprozess, so dass der globale Rohstoffhandel gegen Ende des 20. Jahrhunderts lediglich von einer Handvoll multinationaler Firmen abgewickelt wurde.

Dejung legte damit eine anregende Mikrostudie über die sozioökonomischen Zusammenhänge einer global tätigen Handelsfirma vor. Insbesondere die Details zu den Unternehmenspraktiken auf dem indischen Subkontinent zwischen Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts werfen ein aufschlussreiches Licht auf die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Indien und Europa sowie auf deren Brüche, Kontinuitäten und Wandlungen.

Ines Prodöhl, Deutsches Historisches Institut, Washington DC

Roswitha Dubach, **Verhütungspolitik. Sterilisationen im Spannungsfeld von Psychiatrie, Gesellschaft und individuellen Interessen in Zürich (1890–1970),** Zürich: Chronos Verlag, 2013, 351 Seiten.

In den letzten Jahren geriet die Eugenik vermehrt in den Fokus der Schweizer Forschungslandschaft. An Universitäten und in historischen Publikationen erfreute sich die Thematik grosser Beliebtheit, der Kanton Zürich veranlasste eine Studie und das breit angelegte Nationale Forschungsprogramm NFP 51 «Integration und Ausschluss» ergründete den Einfluss der Eugenik auf Psychiatrie, Medizin und Soziale Arbeit. Nun erschien mit Roswitha Dubachs «Verhütungspolitik» eine ebenfalls im Rahmen des NFP 51 entstandene Dissertation, welche das Zusammenspiel von Diskurs und Praxis der Zürcher Psychiatrie anhand der psychiatrischen Universitätspoliklinik Zürich (hier kurz: psychiatrischen Poliklinik) über die Zeitspanne von ihrer Entstehung bis in die 1970er Jahre genauer beleuchtet und dabei Erstaunliches zutage fördert.

Bisher wurde in der Erforschung der zürcherischen Psychiatrie und deren Haltung und Praxis bezüglich Sterilisationen das Augenmerk hauptsächlich auf das Burghölzli, die psychiatrische Universitätsklinik in Zürich, und ihre Direktoren August Forel und Eugen Bleuler gelegt. Die von der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich in Auftrag gegebene und 2007 erschienene Studie «Zwangsmassnahmen in der Zürcher Psychiatrie, 1870–1970» von Brigitta Bernet, Gisela Hürlimann und Marietta Meier kam hingegen zum Schluss, dass ein Grossteil der psychiatrischen Sterilisationsgutachten hauptsächlich an der psychiatrischen Poliklinik erstellt worden waren, ein bedeutender Quellenfundus, der bislang keine Beachtung gefunden hatte und nun in Dubachs Untersuchung erstmals ausgewertet wird. Die Autorin stellt diesen Quellenfundus in Bezug zu den Kranken- und Verwaltungsakten des Burghölzli und wertet zudem gedruckte Quellen aus diesem Umfeld umfassend aus.

Roswitha Dubach löst dabei die Sterilisationsthematik aus dem rein eugenischen Fokus heraus und stellt sie in den Kontext von bevölkerungspolitischen und sozialmedizinischen Bemühungen wie Geburtenregelung und Abtreibungspolitik. Die Untersuchung über den Einfluss eugenischer Motive auf die Sterilisation wird dabei nicht vernachlässigt. Weiter interessiert sie, wie weit die Praxis von Zwang geprägt war und wie die Geschlechterbias (es wurden grossmehrheitlich Frauen sterilisiert) zu erklären ist. Michel Foucaults Diskursbegriff sowie der akteurbezogene Ansatz in Anlehnung an die Historische Anthropologie und die

Mikrogeschichte sollen dazu beitragen, «die komplexen Handlungskonstellationen und Motivgeflechte in der Sterilisationspraxis aufzuzeigen» (S. 32) und die Interaktion zwischen diesen beiden Elementen deutlich zu machen. Darüber hinaus wird Foucaults Gouvernementalitätskonzept fruchtbar eingesetzt, um die komplexen Fremd- und Selbstlenkungspraktiken aller Akteure und Akteurinnen offen zu legen und damit die vielfältigen Zwangsmomente in der Sterilisationspraxis zu erfassen. Den Untersuchungszeitraum unterteilt Dubach in drei Phasen – 1890 bis Anfang der 1920er Jahre (Ausdifferenzierung der Sterilisationsindikationen und der Aufstieg der eugenischen Indikation), 1920er Jahre bis 1941 (Ausweitung und «Sozialisierung» der Sterilisationspraxis) und 1942 bis Ende 1960er Jahre (Individualisierung der Sterilisationspraxis) – und analysiert dabei die jeweiligen Sterilisationsdiskurse sowie institutionelle, politische, rechtliche, soziokulturelle und situative Rahmenbedingungen und schliesslich die Praxis in beiden Institutionen.

Ähnlich wie die Studie über die Basler Psychiatrische Klinik und psychiatrische Poliklinik von Regina Wecker, Sabine Braunschweig, Gabriela Imboden und Hans Jakob Ritter (Eugenik und Sexualität, 2013) vermag Dubachs Auswertung des bisher unbeachteten Quellenmaterials der zürcherischen psychiatrischen Poliklinik wie auch des Burghölzli aufzuzeigen, wie die Sterilisationsthematik, Diskurs wie Praxis, spätestens ab den 1920er Jahren zunehmend marginal eugenisch motiviert war. Vielmehr dominierten seither vor allem Argumente um Abtreibung und Geburtenregelung. Die grosse Mehrheit der untersuchten Sterilisationen bezog sich auf Frauen, die meist aus sozialen und finanziellen Gründen um Abtreibung und die anschliessende Sterilisation ersuchten. Die Gutachter schätzten diese Frauen mehrheitlich als psychisch gesund ein, wodurch sie weniger in das eugenische Blickfeld gerieten. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Psychiater die Sterilisation häufig den abtreibungswilligen Frauen aufdrängten, beziehungsweise sie zur Bedingung machten und dadurch ein deutliches Zwangselement festzuhalten ist. Dieses Zwangselement löste sich im Laufe des Untersuchungszeitraums zunehmend auf, auch das Geschlechterverhältnis pendelte sich ab den 1950er Jahren von ursprünglich 1:10 auf 1:5 ein.

Roswitha Dubach legte ihre Studie ehrgeizig an und bestimmte eine schier unüberschaubare Zahl von Quellen. Das ehrgeizige Ziel vermag sie zu erreichen: Akribisch wertet sie diesen Fundus aus, verknüpft die Ergebnisse gewinnbringend mit den theoretischen Ansätzen und vermittelt die Ergebnisse in dichter, doch lesefreundlicher Sprache. Einen ergiebigen und für die Zürcher Sterilisationspraxis äusserst relevanten Quellenkorpus, der bisher in der Forschung noch nicht berücksichtigt worden war, hat die Autorin zudem erstmals umfassend analysiert und damit neue Zugänge zur Sterilisationsthematik geschaffen. Die Zürcher Sterilisationspraxis erscheint neu als eine komplexe, nicht nur rein eugenisch motivierte, sondern zunehmend im Kontext von Geburtenkontrolle und Bevölkerungspolitik fussende Praxis. *Martina Akermann, archivaria.ch, Luzern*

André Salathé, **«Man muss nicht hinter alle Geheimnisse kommen wollen.» Robert und Karl Walsers Briefwechsel mit dem Verlag Huber Frauenfeld (1916–1922) samt einer Biografie von Verleger Walther Lohmeyer (1890–1951),** Frauenfeld: Verlag des Historischen Vereins des Kantons Thurgau, 2013 (Thurgauer Beiträge zur Geschichte, Bd. 150), 200 Seiten, mit Abbildungen.

Die Bedeutung von Verlagsarchiven für die historischen Wissenschaften steht ausser Frage und findet in der Akquisitionspolitik nationaler Literaturarchive ihre Bestätigung. Eine wichtige Rolle kommt aber auch regionalen Archiven zu. Dem Staatsarchiv Thurgau ist es gelungen, das Archiv des Buchverlags Huber zu sichern. Der Frauenfelder Huber-Verlag, 1809 gegründet, eng mit einem Zeitungsverlag und einer Akzidenzdruckerei verbunden, entwickelte ab den 1870er Jahren neben dem Sachbuchprogramm auch ein literarisches Programmsegment; er hatte eine beträchtliche Produktion, seine Reichweite blieb im wesentlichen auf die Schweiz beschränkt; er wird heute nur noch als Imprint von Orell Füssli geführt. Zu seiner Geschichte gibt es bisher keine Forschungsbeiträge. Das Huber-Archiv ist in breiter Form überliefert und enthält neben einer grossen, bis in die 1850er Jahre zurückreichenden Belegexemplarsammlung und einer ebenfalls umfassenden Rezensionensammlung auch Geschäftsführungs- und Buchhaltungsunterlagen, allgemeine Verlagskorrespondenz, Autorendossiers sowie Dokumente zu Herstellung und Vertrieb (vgl. dazu www.staatsarchiv.tg.ch).

Die vorliegende Publikation widmet sich erstens der Korrespondenz des Verlags mit Robert Walser (1878–1956) als dem bedeutendsten Autor des Verlags sowie mit dessen Bruder Karl, der als Buchgestalter arbeitete. Von Walser erschienen bei Huber 1917 die Erzählung *Der Spaziergang* sowie eine seiner Kurzprosasammlungen (*Poetenleben,* Impressum: «1918»). Das über hundert Dokumente umfassende Korrespondenzmaterial, bestehend aus Briefen, Postkarten, Telegrammen und Vertragsbeilagen, war bisher nur rudimentär bekannt (vgl. Robert Walser: *Briefe.* Hg. von Jörg Schäfer und Robert Mächler. Genf: Kossodo 1975, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1979). Zweitens wird die Rolle des von 1916 bis 1918 für das Programm des Buchverlags verantwortlichen Walther Lohmeyer (1890–1951) behandelt.

Die Edition der Briefe zeigt auf faszinierende Weise, wie sehr sich der Verlag um den in der Literaturszene angesehenen Autor bemühte und wie sehr anderseits Walser, der gleichzeitig Geschäftsbeziehungen zu zwei weiteren Schweizer Verlagen unterhielt (zu dem aufsteigenden Rascher-Verlag in Zürich und zu dem auf Berner Dialektliteratur spezialisierten Francke-Verlag in Bern) energisch seine Interessen vertrat. Die Beziehung gestaltete sich nicht konfliktfrei. In der Frage der Drucktype etwa vertrat Walser als Anhänger der Fraktur bemerkenswerterweise eine konservativere Haltung als der Verlag, der für Antiqua eintrat. Aus der Korrespondenz wird auch deutlich, dass die Brüder Walser damals in keinem besonders harmonischen Verhältnis zueinander standen. Für Robert war schwer zu verkraften, dass die Verlage seine Texte gleichsam nur «im Doppelpaket» mit den Illustrationen seines Bruders zu vermarkten gewillt waren. Geradezu sensationell ist ein Brief, der ein detailliertes Konzept zu einem grandios dimensionierten Buchprojekt enthält, das Walser dem Verlag unter dem Titel *Studien und Novellen* vorschlug.

Aus editorischer Sicht ist hervorzuheben, dass die komplizierte Überlieferung des Korpus – mit doppelten Textzeugen – gründlich aufgearbeitet und nachvollziehbar dargestellt wird. Die Bevorzugung der Typoskript-Presskopien («copie de

lettres») gegenüber den Durchschlägen als Textvorlage ist zweifellos eine richtige Entscheidung. Autortext und Herausgebertext sind mit der wünschenswerten Deutlichkeit getrennt. Auf Modernisierungen und auf Normalisierungen der Schreibweisen wird, wie in jüngeren Briefeditionen üblich, verzichtet. Die Transkriptionen sind allerdings nicht ganz fehlerfrei; störende Fehler treten aber nur vereinzelt auf (Brief Nr. 79: «Ihnen Herrn …» statt «Ihrem Herrn …», «Bestimmungslosigkeit» statt «Besinnungslosigkeit», «ist durchaus mehr» statt «ist durchaus wahr», «gestimmt» statt «gesinnt».) Zu korrigieren ist auch die Bestimmung von zwei nachträglichen Textergänzungen Walsers in Brief Nr. 40 als Eintragungen «von anderer Hand».

Der etwa hundertseitige Editionsteil wird eingerahmt durch eine Einführung und einen Anhang. In der ausserordentlich informativen Einführung wird zunächst das edierte Material mit sicherem Blick für die wesentlichen Punkte ausgewertet und eingeordnet. Hervorzuheben ist besonders der Nachweis einer Gesamtauflage von 11 600 Exemplaren für den *Spaziergang* (S. 19–20). Damit «avanciert» dieses Bändchen zu Walsers erfolgreichster Publikation – das war bisher nicht bekannt. Dann wird in einem etwas breiter angelegten Teil die exemplarische Verlegerbiographie Walther Lohmeyers pionierartig aufgearbeitet. Der junge Lohmeyer stiess in einer heiklen Phase zum Buchverlag Huber & Co. und machte sich dort sofort nützlich. Die literarhistorisch bedeutende Reihe der *Schweizerischen Erzähler* war sein Verdienst. Lohmeyer arbeitete später, nach einem Zwischenspiel bei der Basler *National-Zeitung,* als Geschäftsführer des von ihm mitbegründeten Rhein-Verlags (1920–1929). Er besass einen ausgeprägten verlegerischen Instinkt und war gut vernetzt. Aufschlussreich im Hinblick auf die Situation des damaligen schweizerischen Literaturbetriebs ist seine Korrespondenz mit dem Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Robert Faesi (vgl. bes. S. 49–50). Eine interessante Spur, der es sich noch weiter nachzugehen lohnte, führt zum einflussreichen Literaturkritiker der *Neuen Zürcher Zeitung* Eduard Korrodi (S. 41–42). Im Anhang finden sich u. a. Listen zum Versand von Rezensionsexemplaren (mit Nachweis erschienener Rezensionen) und Rezensionen der (natürlich von Huber verlegten!) *Thurgauer Zeitung* zu den beiden «Huber-Büchern» Robert Walsers.

Trotz der kleinen Kritik an den Transkriptionen – es ist ein rundum geglücktes und schön gestaltetes Buch! Der Walser-Forschung bringt es neue Erkenntnisse und Forschungsfragen. Zur Aufarbeitung der schweizerischen Buchverlagsgeschichte leistet es einen vorbildlichen Beitrag.

Peter Stocker, Robert Walser-Zentrum, Bern

Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 24 (1. 1. 1967 bis 31. 12. 1969), Forschungsleitung: Sacha Zala, Zürich: Chronos Verlag, 2012, 536 Seiten.

Band 24 der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS) dokumentiert mit 190 exemplarischen Quellen die Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen vom 1. Januar 1967 bis zum 31. Dezember 1969. Mit ihm legt die Forschungsgruppe der DDS unter der Leitung von Dr. Sacha Zala einen weiteren Band der auf 16 Bände konzipierten zweiten Serie zur Geschichte der Schweizer Aussenpolitik vor, welche die Zeitspanne des «Kalten Kriegs» von 1945 bis 1989 abdeckt und nach einem speditiven Editionsplan 2020 abgeschlossen werden soll. Als Aktenedition in gedruckter Form liegt bereits die erste Serie zu den Jahren 1848 bis 1945 vor (Bände 1 bis 15). Die DDS gehen auf eine Initiative im Jahr

1972 zurück und sind heute ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW).

Der sorgfältig edierte und chronologisch geordnete Quellenkorpus von Band 24 umfasst neben Protokollen aller Art auch interne Notizen, Korrespondenz, Exposés oder offizielle Stellungnahmen, die fast ausschliesslich aus dem Schweizerischen Bundesarchiv stammen. Wegleitend für die Auswahl der Dokumente ist ihre relative Bedeutung für die historische Rekonstruktion der schweizerischen Aussenpolitik.

Um sich innerhalb des disparaten Quellenmaterials schnell orientieren zu können, bietet der Band verschiedene wertvolle Hilfestellungen an. Dazu zählen eine zusammenfassende Einleitung, ein Dokumentenverzeichnis mit kurzen Inhaltsangaben sowie ein thematisches Verzeichnis. Ausserdem ermöglichen ein Personenregister, ein Körperschaftsregister und ein Register der geografischen Bezeichnungen eine gezielte Suche innerhalb der Dokumente. Etwas irritierend wirkt im «Verzeichnis der benutzten Bestände» die verschiedentlich angebrachte Kennzeichnung «besonders forschungsrelevant», da die Forschungsrelevanz von Dokumenten nicht per se von ihrem Inhalt, sondern von der gewählten Fragestellung abhängt.

Um Transparenz bemüht, listet die Forschungsgruppe am Schluss der Edition drei Seiten lang all jene Bestände auf, die auf Geheiss des Schweizerischen Bundesrats für Forschung und Öffentlichkeit nicht zugänglichen sind. Unter die Archivsperre fallen in erster Linie Dokumente zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika, darunter Archivmaterial zur Ausfuhr von schweizerischem Kriegsmaterial nach Südafrika, zu schweizerischen Anleihen an südafrikanische Firmen oder zum Prozess gegen die Maschinen- und Waffenfabrik «Oerlikon-Bührle». Hinzu kommen Bestände zu den Auslandsbeziehungen der jurassischen Separatisten oder zu Nuklearwaffen. Es ist erfreulich, dass der Bundesrat mit der Aufhebung der Aktensperre für Dokumente zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika zu einer offeneren und mutigeren Politik zurückgefunden hat.

Der vorliegende Band schliesst die 1960er Jahre ab. Er dokumentiert damit die letzten drei Jahre einer Dekade schweizerischer Aussenpolitik, die sich unter der Führung von Friedrich Traugott Wahlen (1. Juli 1961 bis 31. Dezember 1965) und Willy Spühler (1. Januar 1966 bis 31. Januar 1970) vor allem durch einen Ausbau schweizerischer Aussenbeziehungen mit west- und osteuropäischen Staaten sowie durch eine Integration in eine internationale Staatengemeinschaft auszeichnete, welche sich ihrerseits zunehmend an der Idee der Entwicklung «unterentwickelter» Länder orientierte. Entsprechend stieg in den 1960er Jahren auch in der Schweiz das öffentliche Interesse an aussenpolitischen Themen. Insbesondere die Dekolonisation Afrikas und die wachsende internationale Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit lösten Debatten über die Rolle der Schweiz in der Weltgemeinschaft aus und führten zu einer Problematisierung schweizerischer Wirtschafts- und Finanzbeziehungen.

Insgesamt lassen sich aus der Fülle aller aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz zwischen 1967 und 1970 fünf thematische Schwerpunkte herauslesen. Zunächst dominierte die Europapolitik die Schweizer Diplomatie. Die Entwicklungen in der EWG und der EFTA waren für die Schweizer Aussenpolitiker ausserordentlich schwierig einzuschätzen und erforderten von der Schweiz gegenüber Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten viel Klärungsbedarf. Besonders mit dem EWG-Beitrittsgesuch der Partnerstaaten aus der Freihandelsassoziation

EFTA – Dänemark, Norwegen und vor allem Grossbritannien – stellte sich für die Schweiz die Frage, in welcher Form sie sich an «einer gesamteuropäischen Regelung» beteiligen könnte (Dok. 165). Zweitens standen diese Jahre unter dem Zeichen einer vorsichtigen Annäherung an das kommunistische Osteuropa, was sich unter anderem in der «Besuchsdiplomatie» Schweizer Bundesräte und ranghoher Offiziere spiegelte (Dok. 170). Drittens war die Schweizer Aussenpolitik durch die Expansion des Schweizer Finanzplatzes gefordert. Namentlich das Bankgeheimnis kam unter Druck und musste von Schweizer Diplomaten verteidigt werden. Bereits Ende 1967 konfrontierte die US-amerikanische Justizbehörde die Schweizer Botschaft mit dem Bankgeheimnis (Dok. 58). Viertens wurde die Schweiz zunehmend in internationale Strukturen eingebunden. Entsprechend kamen Fragen nach einem Beitritt zur UNO (Dok. 4), zur Weltbank und zum Währungsfonds (Dok. 72) auf. Ausserdem manifestierte sich diese Tendenz im Verhandlungsabschluss der Kennedy-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) in Genf (Dok. 24) oder in der Diskussion um die Teilnahme an einer Europäischen Sicherheitskonferenz (Dok. 188). Schliesslich entwickelte sich die Zusammenarbeit mit wirtschaftsschwachen Ländern zu einem dynamischen Betätigungsfeld der Schweizer Aussenpolitik. Nicht nur genehmigte das Parlament 1969 den vierten Rahmenkredit über die Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz in der Höhe von 180 Millionen Franken und hiess damit ein weiteres Mal die schnell wachsenden Entwicklungsausgaben gut, Willy Spühler bereiste im Sommer 1969 auch als erster Bundesrat den afrikanischen Kontinent mit dem Ziel, die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Ländern zu intensivieren (Dok. 161). Mit dem Entwicklungsengagement wollte sich die Schweiz nicht zuletzt Sichtbarkeit innerhalb der internationalen Entwicklungsgemeinschaft verschaffen und sich trotz Nichtmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen als Partnerin bei der Lösung globaler Probleme zur Verfügung stellen. Dazu unterstützte das Eidgenössische Politische Departement auch das humanitäre Engagement des IKRK, wobei einer allgemeinen Gleichsetzung zwischen Schweiz und IKRK nicht entgegengewirkt wurde. Eine Ausnahme bildete hier der Einsatz des IKRK unter dem Schweizer Botschafter August R. Lindt in Biafra. Als sich während des nigerianischen Sezessionskriegs von 1967 bis 1970 die IKRK-Mission als problematisch erwies, war das Eidgenössische Politische Departement ausserordentlich bemüht, zwischen der Schweiz und dem IKRK eine klare Trennlinie zu ziehen (Dok. 185). Es ist ein Verdienst der gesamten Quellenedition, dass sie mit solchen Dokumenten immer wieder deutlich macht, wie sehr die Schweiz entgegen ihrer liebgewonnen Selbstdarstellung als selbstloser, neutraler und unabhängiger Sonderfall ins internationale System eingebunden und Teil der Weltwirtschaft und Weltpolitik war.

Die DDS werden mit Band 24 dem Anspruch gerecht, «der Forschung und der Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Dokumenten zur Verfügung zu stellen, die für eine Rekonstruktion und das Verständnis der Geschichte der Aussenbeziehungen und der transnationalen Verflechtung der Schweiz zentral ist.» (S. VII) Allerdings nimmt der Nutzen der gedruckten Ausgabe für Historikerinnen und Historiker kontinuierlich ab, was massgeblich mit der auch im internationalen Vergleich beeindruckenden Qualität der Datenbank Dodis und der dazugehörigen Website (www.dodis.ch) zusammenhängt. Zwar können sich bei der Lektüre der einzelnen Bände der Leserschaft nach wie vor zahlreiche neue Forschungsfelder eröffnen, das Arbeitsinstrument von Forscherinnen und Forschern sind heute

aber in erster Linie die Datenbank und die Website. Dort finden sich mittlerweile über 15 000 frei zugängliche Dokumente, von denen rund die Hälfte als digitalisierte Reproduktionen heruntergeladen werden kann. Dank einer Vielzahl vernetzter Angaben zu Archivbeständen, Personen, Körperschaften und geografischen Orten sowie einer Vernetzung mit anderen Datenbanken wie dem Historischen Lexikon der Schweiz hat sich dodis.ch in den letzten Jahren zu einem wertvollen und benutzerfreundlichen Instrument zur Erforschung der Schweizer Aussenpolitik entwickelt. Seit Anfang April ist auf der Website auch eine mehr als 3000 Titel umfassende Bibliographie zur Geschichte der Aussenpolitik und der internationalen Beziehungen der Schweiz komplett online zugänglich.

Die DDS haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, wie schnell die Forschungsgruppe in der Lage ist, laufende Trends zu erkennen und technische Innovationen zu nutzen. Ausdruck davon sind neben der laufenden Optimierung der Website unter anderem die Social-media-Aktivitäten und die Dodis-App. Man darf gespannt sein, wie Dodis mit der wachsenden Nachfrage von Historikerinnen und Historikern nach komplett digitalisierten Archivdossiers und den Möglichkeiten der automatisierten Texterkennung mittels *Optical Character Recognition* (OCR) umgehen wird. *Lukas Zürcher, Zürich*

Simon Teuscher, Claudia Moddelmog (Hg.), **Königsfelden. Königsmord, Kloster, Klinik,** Baden: hier + jetzt, 2012, 288 Seiten, 133 Abbildungen.

1308 wurde der römisch-deutsche König Albrecht I. von Habsburg auf einem Feld nahe Windisch von seinem Neffen ermordet. Seine Hinterbliebenen stifteten dort ein Klarissen- und ein Franziskanerkloster mit gemeinsamer Kirche. Königin Agnes, Tochter Albrechts I., vollendete das Gründungswerk ihrer Mutter Elisabeth und liess sich nahe beim Kloster nieder. Sie prägte die Geschichte Königsfeldens als Memorial- und Begräbnisort von Albrechts Familie bis 1364. Nach der Schlacht bei Sempach 1386 wurde Herzog Leopold III. in der Kirche beigesetzt. Königsfeldens Gedächtnisfunktionen änderten sich. 1415 kam das Kloster unter bernische Herrschaft. 1528 wurde es aufgehoben. Königsfelden war nun bis 1798 Sitz eines Berner Landvogtes, Verwaltungszentrum einer Landvogtei und Spital. 1804 baute der neu gebildete Kanton Aargau hier ein Kantonsspital, das bis 1872 allmählich in eine psychiatrische Klinik umgewandelt wurde.

2008 jährte sich der Tod Albrechts I. zum 700. Mal. Dies war Anlass, die reichhaltige kunstgeschichtliche Forschung der letzten Jahrzehnte durch eine längst fällige, moderne, umfassende Geschichte Königsfeldens zu ergänzen. Dabei folgte man heutigen Forschungsansätzen, welche die habsburgische Geschichte in Abkehr von älteren «Feindbildern» als Teil der regionalen Vergangenheit versteht und zugleich berücksichtigt, dass das heutige Bild von Königsfelden nicht nur auf dessen mittelalterlichen Zeugnissen, sondern ganz wesentlich auch auf den Mittelalter-Vorstellungen und -Sehnsüchten der Moderne, besonders des 19. Jahrhunderts, beruht.

Die Darstellung ist in sechs Kapitel gegliedert, welche durch ein Verzeichnis der Königsfelder Klarissen ergänzt wird. Der Autor und die Autorinnen nähern sich der Königsfelder Geschichte mit eigenständigen Untersuchungen. Sie sind nicht an eine Hauptproblematik oder eine leitende Fragestellung gebunden, auch wenn sich der Blick auf Königsfelden als Erinnerungsort als roter Faden durch alle Kapitel webt. Ziel jedes Kapitels ist es – laut Einleitung – immer auch, die Verbindung zu aktuellen gesellschaftlichen Debatten herzustellen.

Tobias Hodel untersucht die vielschichtigen Motive der Stiftung und präsentiert eine Auslegeordnung der Kräfte und Motive, welche zu einer mittelalterlichen geistlichen Stiftung führen konnten. Es gelingt ihm überzeugend, Königsfelden in seinen ersten Jahrzehnten als Kristallisationspunkt politischer Prozesse darzustellen, welche vom Spannungsfeld lokaler Machtkämpfe um das habsburgische Eigenamt bis zur Habsburger Expansion über den ganzen östlichen Alpenraum reichen. Spannend ist besonders die überregionale Perspektive (Güterverzeichnis der Agnes von Böhmen). Schade nur, dass hier die offensichtlichen Querbezüge zu bereits unter den letzten Kyburgern anstehenden Fragen nicht miteinbezogenwurden. Hier wären interessante Zusammenhänge mit dem offensichtlichen habsburgischen Bemühen um baldige Deeskalation nach 1308 zu diskutieren, wobei das Thema «Erbe» dabei mehr Raum als nur einen Themenkasten verdient hätte. Dies hätte durchaus auf Kosten des weniger ergiebigen Ausblickes auf «Einigkeit und Konflikte der Habsburger bis zum Ende des Mittelalters» gehen können.

Martina Wehrli-Johns skizziert hervorragend das Spannungsfeld zwischen adligem Repräsentations- und Memorialbedürfnis und den Ansprüchen des an sich dem Armutsideal verpflichteten Franziskanerordens. Sie schafft ganz neuartige und grundlegende Einblicke in das politische Denken und die kirchenpolitischen Optionen von Königin Agnes und ihrem habsburgischen Umfeld. Das informative Kapitel über die Zeit bis zur Reformation verschafft Einblicke in die Entwicklung beider Klöster unter dem Einfluss der Observanz und lässt die Bedeutung der Königsfelder Bibliothek und der übrigen Kunstschätze erahnen. Schade nur, dass dieses Kapitels nicht stärker die «Schlaglichter» des ersten Kapitels «kreuzt», wie dies Simon Teuscher in der Einleitung generell in Aussicht stellt.

Im dritten Kapitel wertet Tobias Hodel das über den Urkundenbestand hinaus nicht sehr umfangreiche klösterliche (Verwaltungs-)Schriftgut aus. Obwohl im Rahmen des Möglichen nach den Aspekten Produktion, Nutzung und Aufbewahrung gefragt wird, bleiben die Erkenntnisse punktuell. Dies liegt zum einen an der vergleichsweise geringen Zahl von erhaltenen Dokumenten. Zum anderen verzichtet der Autor leider weitgehend auf Seitenblicke auf die bereits erforschte Schriftlichkeit besser dokumentierter Klarissen- (und Dominikanerinnen-)Konvente beispielsweise der Nordostschweiz. Deutlich wird immerhin: Auch in Königsfelden führte kein geradliniger Weg quasi von der primär mündlichen, schriftarmen Zeit des späteren Mittelalters zur vertrauten Verwaltungsschriftlichkeit der Moderne.

Claudia Moddelmog thematisiert die Königsfelder Nonnen. Sie untersucht die Motive, welche dem Klostereintritt der überwiegend adligen Nonnen zugrunde lagen, das Wirken innerhalb der Klostermauern, die Beziehungen der Nonnen zu ihren Familien. Das Kloster wird so zum Knotenpunkt von Adelsbeziehungen. Auch wenn die von der Autorin zu Recht vermuteten informellen Kontakte der Nonnen naturgemäss nicht mehr fassbar sind und darum letztlich spekulativ bleiben müssen, ergeben sich doch ganz neue Perspektiven zum mittelalterlichen Adel, dessen Beschaffenheit die bisherige Forschung vorzugsweise über Dokumente zur Sicht der Männer und deren «Geschlechterlinien» diskutiert hat. Sechs Seiten zur Reformation schliessen das Kapitel ab und zeigen nochmals, wie stark Frauen auch nach dem Klostereintritt mit ihrer Verwandtschaft verbunden blieben. Die Liste der Klarissen von Königsfelden im Anhang ist chronologisch aufgebaut. Eine Nummerierung wäre bei Querverweisen hilfreich gewesen.

Jeannette Rauschert zeichnet die Geschichte Königsfeldens als Herrschaftssitz, Wirtschaftsbetrieb, Armenspital und kulturelles Erbe nach. Die «Hofmeisterei» Königsfelden war seit der Reformation eine Art Landvogtei, deren Ressourcen auch für Königsfelden als Zentrum der Armen- und Krankenfürsorge verwendet wurden. Zudem blieb Königsfelden bis weit in das 18. Jh. hinein Kristallisationspunkt für Erinnerungs- und Geschichtskultur der Berner, der katholischen Orte und der Habsburger.

Nanina Egli schliesslich behandelt die Geschichte Königsfeldens seit dem 19. Jahrhundert. Sie präsentiert eine ganze Palette von eigenständigen Fragestellungen: Umgang mit der mittelalterlichen Geschichte Königsfeldens im Spannungsfeld regionaler, nationaler katholischer und protestantischer Geschichtsbilder; Auflehnung der Ärzte gegen die Geschichte des Ortes; Aufkommen der Denkmalpflege; Musealisierung des Ortes; Geschichte des Spitals, welche über die «Irrenanstalt» von 1872 zur heutigen Psychiatrischen Klinik führt; Agnes-Rezeption in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; Diskurs über den Wandel der Therapie-Vorstellungen der Königsfelder Ärzte. Natürlich kann auf vierzig Seiten keine dieser Fragestellungen erschöpfend präsentiert werden. Vieles müsste nun auf der Grundlage von Eglis Auslegeordnung vertieft betrachtet werden, beispielsweise die spannenden Zusammenhänge zwischen Musealisierung und Entdeckung der Geschichte als Heilmittel.

Fazit: Ein gut gemachtes, trotz seiner Wissenschaftlichkeit flüssig zu lesendes Buch, unverzichtbar für alle, die sich künftig mit der Geschichte Königsfeldens beschäftigen wollen. Aber auch ein Muss für andere epochenübergreifende Untersuchungen zu heutigen Einrichtungen, die auf mittelalterlichen geistlichen Institutionen fussen. Vielleicht gelingt es künftig noch besser, die «Schlaglichter» solcher eigenständiger Einzeluntersuchungen zu verbinden.

Erwin Eugster, Rämismühle

Allgemeine Geschichte / Histoire générale

Dieter Gembicki, Heidi Gembicki Achtnich, **Le Réveil des cœurs. Journal de voyage du frère morave Fries (1761–1762),** Saintes: Editions Le Croît Vif, 2013, 523 pages, illustrations, glossaire, bibliographie, index.

Par la publication du «journal de voyage» du pasteur Fries Dieter et Heidi Gembicki n'ont pas eu pour premier but d'enrichir la bibliothèque traditionnelle des voyages, dont on connaît l'intérêt depuis le livre que lui a consacrée Daniel Roche *(Humeurs vagabondes. De la circulation des hommes et de l'utilité des voyages,* 2003). Ils ont voulu mettre en lumière un personnage étonnant, et faire revivre le mouvement morave dont il se réclamait.

Au milieu du XVIIIe siècle, Pierre-Conrad Fries (1720–1783) occupe une position singulière, au croisement de plusieurs cultures. Fils d'un apothicaire de Montbéliard (région qui relevait alors du Wurtemberg), ce pasteur luthérien formé en Allemagne, mais parfaitement francophone, doit l'orientation de toute sa vie au mouvement morave, une branche du protestantisme qui visait avant tout le «réveil des cœurs», c'est-à-dire une religion intériorisée, centrée sur le rapport du fidèle à Jésus. S'inscrivant dans la grande tradition piétiste allemande, elle affirme une certaine indifférence aux dogmes et aux appartenances confession-

nelles. Soucieuse de rencontrer des individus susceptibles de comprendre son message, elle envoie des «émissaires» (évitons le terme de «missionnaires») dans le monde entier, et s'intéresse aux minorités persécutées. C'est le sens du voyage de Fries. Il est chargé d'aller au-devant d'éventuels «frères» en France et, décrivant en détail tous les contacts qu'il établit, il nous livre une véritable panorama du protestantisme français dans les régions qu'il a visitées. Plutôt qu'un «journal» tenu au jour le jour, le texte édité par les Gembicki est un rapport, rédigé à son retour en Allemagne à l'intention de la communauté de Neuwied dont il relève.

Ce qu'on apprend en lisant ce rapport nous montre comment les protestants français vivaient «sous la Croix» – et faisaient face à l'interdiction qui frappait leur culte depuis 1685. A Lyon les réunions se tiennent dans des maisons privées, et comme il existe une forte colonie suisse, composée essentiellement de commerçants, une certaine tolérance est de mise. A Nîmes, la situation est plus tranchée. On est là au cœur du monde huguenot, proche des Cévennes où avait eu lieu, au début du XVIIIe siècle, une insurrection armée contre le pouvoir en place. On est surpris de voir que la ville – où les protestants sont nombreux – compte deux pasteurs, connus des autorités. Le dimanche la communauté se réunit «au désert» – dans des assemblées de plusieurs milliers de fidèles. Fries assiste à l'une d'entre elles. Parfois la troupe reçoit l'ordre d'intervenir, mais alors les protestants sont avertis, et changent l'heure de leur réunion.

Fries a de nombreux entretiens avec Paul Rabaut, l'un des pasteurs de Nîmes. Il va également voir Marie Durand, le célèbre prisonnière de la Tour de Constance (à Aigues-Mortes), qui paya sa fidélité huguenote de 38 ans de captivité. Plus de deux siècles après les faits, nous ne pouvons que nous incliner devant le noble exemple de cette héroïne, que la Résistance française n'a pas manqué d'évoquer au XXe siècle. Qu'en pense Fries? Rien de bon. Il trouve que Marie Durand est une personne très autoritaire, qui exerce un ascendant excessif sur ses compagnes de misère, et qui ne cesse de mettre en avant son martyre. Or cela ne cadre pas avec l'idée que Fries se fait de la vie chrétienne. A ses yeux une seule chose compte: être fondamentalement conscient de son indignité, qui ne pourra être effacée que par le sacrifice de Jésus.

Fort de cette conviction sans faille, Fries est profondément déçu par la religion des protestants français: fiers de leur tradition et de leur résistance à l'oppression, foncièrement anticatholiques, ils sont en réalité des «sociniens», qu'inspire l'enseignement qui était donné à Lausanne aux futurs pasteurs: un mélange de rationalisme et de déisme.

Pour récuser la tendance majoritaire des Eglises réformées de l'époque – il existe bien entendu des exceptions –, Fries n'en a pas moins reçu une formation qui est celle des Lumières. Dans le récit minutieux de son voyage, dans son intérêt pour la situation économique des régions qu'il traverse, et surtout dans l'art avec lequel il raconte les multiples rencontres qu'il y fait, il est bien un homme de son siècle. On lira avec un intérêt particulier ses nombreux portraits de pasteurs, et sa description de l'hospitalité qui lui est offerte par des gens qui savaient qu'il était interdit d'héberger un «ministre». Il est vrai que Fries, qui se plie volontiers à toutes les astuces de la clandestinité, est muni d'un passeport – qui lui attribue la profession d'«apothicaire» – délivré par le résident de France à Genève. Parmi d'autres «émissaires» de la communauté morave, on relève le nom de Léonard Knoll, perruquier de son état: un métier qui facilite les contacts.

Parmi les pasteurs «croqués» au passage, on notera la figure de Jean Roux, ministre cévenol qui fait suivre la célébration de la sainte Cène d'un banquet plutôt jovial, et surtout celle de Jean-Louis Gibert, apôtre de la Saintonge, qui a réussi à y faire renaître la Réforme au point d'y édifier vingt temples – à la barbe des autorités qui n'osent intervenir faute de moyens! Ces oratoires étaient parfois camouflés en «chais» – entrepôts où l'on conservait les eaux-de-vie, production célèbre de la région (on n'est pas loin de la ville de Cognac!).

Pour galvaniser ses ouailles, Gibert dispose de l'arme absolue: en plein XVIIIe siècle, il est «millénariste» (ou «chiliaste») et annonce le retour du Christ, prélude à la revanche des protestants. C'est là une croyance que Fries juge puérile. – Manifestement, il se sent plus à l'aise à Bordeaux, où il conduit de nombreux entretiens spirituels. Dans cette ville de liberté – un commerce très actif avec l'étranger permet d'y avoir les coudées franches – se réunissent de nombreux petits groupes d'édification mutuelle, souvent conduits par des femmes. Fries est sensible à leur accueil, mais trouve qu'elles se complaisent trop dans la recherche de «l'extase», exprimée dans un langage «baroque».

Pour leur édition de ce document exceptionnel, les Gembicki ont fourni un travail remarquable. Tous les personnages mentionnés ont été dûment identifiés – ce qui fait du livre un véritable «who's who» des protestants français du Midi et du Sud-Ouest – et de nombreuses annexes offrent des éclairages multiples sur la période. Surtout, une introduction de 60 pages propose une vue d'ensemble de la carrière de Fries, des particularités du mouvement morave et de la situation du protestantisme français au XVIIIe siècle. Spécialiste de la période, Gembicki insiste particulièrement sur la façon dont l'information circulait dans l'Europe des lumières. Très modernes dans leurs méthodes, les Moraves rédigeaient une sorte de journal – exclusivement manuscrit – qui circulait d'un correspondant à l'autre avant de revenir à son expéditeur: façon ingénieuse de ne pas attirer les foudres de la censure. D'une façon analogue, de modestes artisans – hommes et femmes – recevaient au fond de leur province des recueils de cantiques ou de pensées pieuses qui animaient leur ferveur. – Le style de Fries met beaucoup de vie dans ses récits, mais celui de Gembicki – nourri des acquis de l'historiographie la plus récente – doit à la fréquentation des écrivains du XVIIIe siècle une clarté d'exposition réjouissante, qui fait de la lecture du livre qu'il signe avec sa femme Heidi un vrai plaisir. *Luc Weibel, Genève*

Klaus Biedermann, **«Aus Überzeugung, dass er der Gemeinde von grossem Nutzen seyn werde». Einbürgerungen in Liechtenstein im Spannungsfeld von Staat und Gemeinden 1809–1918,** Vaduz/Zürich: Chronos Verlag, 2012, 322 Seiten.
Nicole Schwalbach, **Bürgerrecht als Wirtschaftsfaktor. Normen und Praxis der Finanzeinbürgerung in Liechtenstein 1919–1955,** Vaduz/Zürich: Chronos Verlag, 2012, 223 Seiten.
Veronika Marxer, **Vom Bürgerrechtskauf zur Integration. Einbürgerungsnormen und Einbürgerungspraxis in Liechtenstein 1945–2008,** Vaduz/Zürich: Chronos Verlag, 2012, 254 Seiten.
Regula Argast, **Einbürgerungen in Liechtenstein vom 19. bis ins 21. Jahrhundert. Schlussbericht,** Vaduz/Zürich: Chronos Verlag, 2012, 133 Seiten.

Liechtenstein liegt mit einem Ausländeranteil von rund 33 Prozent zusammen mit Luxemburg im europäischen Vergleich an der Spitze. Die in der Öffentlichkeit stattfindenden Diskussionen rund um die liechtensteinische Zuwande-

rungspolitik hinterlassen den Eindruck, dass der Ausländeranteil in erster Linie durch die staatliche Migrationspolitik reguliert wird. Vergessen geht dabei jedoch die Einbürgerungspolitik, die einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe des Ausländeranteils haben kann.

Auf insgesamt über 900 Buchseiten zeichnen nun drei Teiluntersuchungen und ein Schlussbericht die Entwicklung des liechtensteinischen Bürgerrechts und seiner Einbürgerungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert detailliert nach. Wie Innenminister Hugo Quaderer in seinem Vorwort schreibt, zeigen die Untersuchungen zudem «nicht nur einen zentralen Aspekt im Verhältnis Liechtensteins zu seinen Ausländern auf, sondern beleuchten auch die Funktionsweise der liechtensteinischen Gesellschaft und Politik» (S. 9). Auch wenn das Thema Einbürgerung vereinzelt in verschiedenen, kleineren Untersuchungen bereits zur Sprache gekommen war, fehlte bis anhin eine tiefergehende und gleichzeitig überblicksartige Darstellung. Mit dem Abschluss des 'Einbürgerungsprojekts' des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein konnte dieses Desiderat in der liechtensteinischen Geschichtsforschung nun beseitigt werden.

Die insgesamt vier Bände behandeln jeweils eigene Themenbereiche beziehungsweise Zeitepochen, sind aber dennoch sowohl chronologisch als auch inhaltlich aufeinander abgestimmt. Gerade anhand der in den Einleitungen aufgeführten Erklärungen zu den in den einzelnen Studien verwendeten Begrifflichkeiten wie beispielsweise «Landesbürgerrecht», «Staatsbürgerrecht», «Gemeindebürgerrecht», «Finanzeinbürgerung», «Assimilation» oder auch «Hintersasse» und «Einkaufstaxe» wird deutlich, wie eng die Autorinnen und Autoren der einzelnen Studien miteinander gearbeitet und ihre Texte aufeinander abgestimmt haben.

Die erste Teilstudie befasst sich mit den Einbürgerungen in Liechtenstein vom frühen 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Klaus Biedermann konzentriert sich auf das Verhältnis zwischen dem sich modernisierenden Staat und den noch in vormodernen Traditionen stehenden Gemeinden, das sich gerade in Einbürgerungsfragen besonders spannungsreich gestaltete. Die Konflikte, die sich zwischen Staat und Gemeinden im 19. Jahrhundert anhand von Bürgerrechtsfragen teilweise ergaben, gründen darin, dass sich das Staats- und das Gemeindebürgerrecht in Liechtenstein aus zwei unterschiedlichen Rechtsformen entwickelt haben. Erst die Bürgerrechtsreform von 1864 knüpfte die beiden Bürgerrechtsformen aneinander, ab 1864 musste jeder liechtensteinische Staatsbürger damit auch zwingend Bürger einer Gemeinde sein.

Staat und Gemeinden standen sich mit ihrer jeweiligen Auffassung von Bürgerrecht ab 1864 gegenüber. Während zuvor die Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (1812) vorgesehen hatten, dass Personen, die seit zehn Jahren oder mehr in Liechtenstein lebten, automatisch Staatsbürger wurden, war dies auf Gemeindeebene restriktiver geregelt gewesen. Aufgrund der dorfgenossenschaftlichen Nutzungsrechte, die eine Person bei der Einbürgerung in eine Gemeinde erhielt, agierten die Gemeinden bis ins zweite Drittel des 19. Jahrhunderts äusserst zurückhaltend, was die Einbürgerungen anbelangte. Wer sich in einer Gemeinde einbürgern lassen wollte, musste dafür ein sogenanntes Einkaufsgeld bezahlen, dessen Höhe von Gemeinde zu Gemeinde variieren konnte.

Insofern sah die Bürgerrechtsreform von 1864 einige Verbesserungen für bis dahin benachteiligte Personen, wie beispielsweise die sogenannten Hintersassen

(heimatberechtigte Person ohne Nutzungsrechte), vor. Wie Klaus Biedermann beschreibt, erhielten Hintersassen 1864 automatisch das Gemeindebürgerrecht derjenigen Gemeinde, in der sie heimatberechtigt waren. Allerdings taten sich die Gemeinden schwer damit, die ehemaligen Hintersassen auch als vollberechtigte Gemeindebürger anzuerkennen und ihnen die Nutzungsrechte zuzugestehen. Sie verlangten von diesen teils überhöhte Einkaufstaxen und versuchten damit, die Aufnahme neuer nutzungsberechtigter Bürger möglichst zu verhindern.

Klaus Biedermann unterlegt mit zahlreichen Fallbeispielen das spannungsreiche Verhältnis, in dem sich das liechtensteinische Bürgerrecht im 19. Jahrhundert entwickelte. Damit hebt er auch die schwierige Situation von alleinstehenden Frauen, die ein Einbürgerungsgesuch stellten, hervor und lässt sie nicht in der männerdominierten Geschichte des 19. Jahrhunderts untergehen.

Das Thema Finanzeinbürgerung der zweiten Fallstudie, das von Nicole Schwalbach bearbeitet wurde, ist dasjenige Thema der vierbändigen Reihe, das in der liechtensteinischen Geschichtsforschung unter diversen Aspekten schon verschiedentlich zur Sprache kam. Was bis anhin allerdings fehlte, war die durch Nicole Schwalbach vorgenommene grundlegende Aufarbeitung sämtlicher Einbürgerungsgesuche, die unter dem Stichwort «Finanzeinbürgerung» liefen, und deren Zusammenstellung in einer Monographie.

Die «klassische Finanzeinbürgerung» der Jahre 1920 bis 1955, die Nicole Schwalbach als Einbürgerung ohne liechtensteinischen Wohnsitz, aber unter der Leistung einer hohen Einkaufssumme und dem gleichzeitig nicht vorhandenen Anspruch auf Bürgernutzen definiert, schliesst zeitlich an die Untersuchung von Klaus Biedermann an. Nicole Schwalbach zeichnet nach, wie sich die Finanzeinbürgerungen ab den 1920er Jahren in Liechtenstein etablierte und welche wirtschaftliche Bedeutung – beispielsweise machten die Finanzeinbürgerungen im Jahr 1937 12,3 Prozent der Landeseinnahmen aus – sie für das Fürstentum erlangten. Dabei erläutert sie jedoch nicht nur die sich im Laufe der Jahre ändernden Regelungen und Vorschriften der Finanzeinbürgerung, wie etwa die stetige Erhöhung der Einbürgerungstaxen, sondern lenkt den Blick auch auf die Personen und Personengruppen, die über das Instrument der Finanzeinbürgerung zu Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern wurden. Sie beschreibt dabei nicht nur die Motive, die hinter dem Bürgerrechtskauf standen, sondern auch die Folgen, die eine solche Einbürgerung für die Betroffenen in späteren Jahren haben konnten.

Während bis 1920 ausschliesslich die Gemeinden eine sogenannte Einbürgerungstaxe an die Verleihung des Bürgerrechts knüpften, verlangte ab 1920 zusätzlich auch der Staat eine solche. Ein Wohnsitzerfordernis gab es nicht und ein solches wurde erst 1934 eingeführt, wenn auch in der Praxis nicht vollzogen. Das Instrument der Finanzeinbürgerung war auch in Liechtenstein selbst durchaus umstritten und es kam im Landtag immer wieder zu eingehenden Diskussionen über dessen Rechtmässigkeit und genaue Ausgestaltung. Nichtsdestotrotz blieb diese Bürgerrechtsform in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein probates Mittel, um an Einnahmen zu gelangen und wurde deshalb trotz aller Diskussionen und der zunehmenden Verschärfung der Modalitäten nie ernsthaft in Frage gestellt.

Die Motive, mittels Bürgerrechtskauf die liechtensteinische Staatsbürgerschaft zu erhalten, waren unterschiedlich und reichten von der Vermögenssicherung über die Beibehaltung des Adelstitels hin zum Kampf um Leben und Tod. Dann nämlich, als ab den 1930er Jahren die Anzahl an jüdischen Einbürgerungs-

bewerbern zunahm, die sich über den liechtensteinischen Pass die Reise nach Übersee erhofften. In der Regel bedeutete die liechtensteinische Staatsbürgerschaft eine Übergangslösung; vielfach liessen sich die eben eingebürgerten Personen rasch wieder ausbürgern, nachdem der liechtensteinische Pass ihnen ihre Dienste getan hatte.

Die liechtensteinische Einbürgerungspraxis stiess sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland auf wenig Begeisterung. Nicole Schwalbach kann dabei das ambivalente Verhalten der Schweiz eindrücklich aufzeigen. Wohl forderte die Schweiz ab 1938 das Mitspracherecht, wenn es um liechtensteinische Finanzeinbürgerungen ging, was ihr 1941 mit der Unterzeichnung des Fremdenpolizeiabkommens auch zugestanden wurde und was Nicole Schwalbach als «Beschneidung der liechtensteinischen Souveränität» (S. 141) bezeichnet. Gleichzeitig aber behielt die Schweiz es sich vor, die für sie (steuerlich) interessanten Einbürgerungsfälle an Liechtenstein weiterzuleiten. In der Schweiz selbst wäre eine Einbürgerung dieser Personen aufgrund der geltenden Gesetze nicht möglich gewesen. Mit Liechtenstein konnte sie sich allerdings ein Hintertürchen offen halten.

Die Praxis der «klassischen Finanzeinbürgerung» fand mit dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs im Fall Nottebohm im Jahr 1955 ein Ende. Nicole Schwalbach hält in ihrem Fazit fest, dass die Praxis der «klassischen Finanzeinbürgerung […] in dieser systematischen Form und über eine so lange Zeitspanne» (S. 203) ein liechtensteinisches Phänomen sei, das einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung Liechtensteins darstelle. Insgesamt 594 Personen wurden über diesen Weg zwischen 1920 und 1955 in Liechtenstein eingebürgert.

In der dritten Fallstudie beschreibt Veronika Marxer den langsamen Übergang von der sogenannten Finanzeinbürgerung hin zu vermehrt integrativen Ansätzen in der liechtensteinischen Einbürgerungspolitik. Drei Faktoren waren ihr zufolge massgebend für die Entwicklung der liechtensteinischen Einbürgerungspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das neue Sozialhilfegesetz von 1967 befreite die Gemeinden von der Pflicht, für ihre in Not geratenen Gemeindebürger aufzukommen, und bot damit die Grundlage, die auf Gemeindeebene vorhandene restriktive Einbürgerungspraxis aufzubrechen. Gleichzeitig fand in den Diskussionen rund um die liechtensteinische Einbürgerungspolitik eine Hinwendung zu Konzepten wie der «Assimilation» und «Integration» statt, die eine Anpassung der Einbürgerungswilligen an die Mentalität der liechtensteinischen Aufnahmegesellschaft forderten und, wie Veronika Marxer feststellt, unter der Formel «liechtensteinisch denken und fühlen» (S. 19) zusammengefasst wurden. Als dritter Faktor schliesslich war die rechtliche Gleichstellung der liechtensteinischen Frauen, die ab den 1960er Jahren intensive Diskussionen auslöste, der wohl ausschlaggebendste Auslöser im Hinblick auf Änderungen in der Bürgerrechtsgesetzgebung.

Veronika Marxer zeigt auf, wie schon 1948 im Landtag erste grundsätzliche Auseinandersetzungen über die liechtensteinische Einbürgerungspraxis stattfanden, die aufgrund der damals noch hohen Einbürgerungstaxen alle jene Ausländer benachteilige, die schon «seit Generationen im Land» (S. 46) lebten, denen aber der finanzielle Hintergrund für eine Einbürgerung fehlte. Auch 1956 war die Mehrheit des Parlaments wieder der Ansicht, dass für schon lange im Land ansässige Ausländer die Einbürgerungsbedingungen erleichtert werden sollten. Erst 1971 erfolgte dann aber der entscheidende Anstoss für eine ganze Reihe von Än-

derungen in der Einbürgerungsgesetzgebung mit einem Postulat des VU-Landtagsabgeordneten Herbert Kindle. Bevor seine Forderung nach einer verstärkten Einbürgerung von Alteingesessenen aber verwirklicht werden konnte – im Jahr 2000 war es dann soweit – mussten zuerst andere offene Fragen im liechtensteinischen Bürgerrecht beseitigt werden, allen voran die bürgerrechtliche Ungleichstellung der liechtensteinischen Frauen. Mit der Verwirklichung des Postulats «Liechtensteinerin bleiben» 1974, der Einführung einer Karenzfrist zur Erlangung des liechtensteinischen Bürgerrechts für einheiratende Frauen 1984, der Annahme der Gesetzesvorlage zur erleichterten Einbürgerung «ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter» 1986 und der schlussendlich eingeführten kompletten Gleichstellung von Mann und Frau im Bürgerrecht 1996 und der Lösung des sogenannten Auswärtigen-Problems wurde der Weg frei, auch über eine staatsbürgerrechtliche Integration derjenigen Ausländer nachzudenken, die keinen verwandtschaftlichen Bezug zu Liechtenstein hatten.

Der im Jahr 2000 eingeführte Rechtsanspruch auf eine erleichterte Einbürgerung für sogenannte alteingesessene Ausländer nach Vollendung einer 30-jährigen Wohnsitzfrist stellte somit laut Veronika Marxer den Schlusspunkt einer Entwicklung dar, die bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihren Anfang genommen hatte. Auch wenn, so Veronika Marxer, Forderungen wie die 30-jährige Wohnsitzfrist und der Verzicht auf die angestammte Staatsbürgerschaft auf eine restriktive Auslegung des liechtensteinischen Bürgerrechts schliessen lassen, könne der Bürgerrechtsrevision von 2000 «trotz ihrer Rückwärtsgewandtheit» (S. 181) auch eine gewisse Fortschrittlichkeit attestiert werden. Fortschrittlichkeit in dem Sinne, als dass die Bürgerrechtsgesetzgebung im Jahr 2000 einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung aufnahm, was beispielsweise in der Schweiz bis heute nicht der Fall ist.

Die Projektleiterin Regula Argast fasst die wichtigsten Prämissen der einzelnen Forschungen in ihrem Schlussbericht nochmals zusammen, geht dann aber dazu über, langfristige über den ganzen Bearbeitungszeitraum vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart stattgefundene Entwicklungen aufzuzeigen und liefert damit zusätzliche wichtige Forschungsergebnisse.

Drei Themenkreisen widmet sie sich ausführlich, nämlich dem Verhältnis von Staat und Gemeinden, dem Verhältnis zwischen dem Eigenen und dem Fremden und dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Aber auch die Bedeutung der Staatsform und des Fürstenhauses für die Entwicklungen im Bürgerrecht sowie der Einfluss Österreichs und später der Schweiz kommen zur Sprache.

Für das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden macht Regula Argast drei Phasen aus, in denen der Staat die Kompetenzen der Gemeinden in Einbürgerungsfragen je nachdem beschnitt oder erweiterte. Über Jahrzehnte hinweg hatten die liechtensteinischen Gemeinden über umfassende Rechte in Sachen Einbürgerungen verfügt, seit 1974 hingegen kann ein schrittweiser Abbau der umfassenden Gemeindekompetenzen festgestellt werden.

Das Verhältnis von «eigen» und «fremd» betreffend spricht Regula Argast die restriktive liechtensteinische Einbürgerungspraxis als eine «ausserordentlich beständige Tradition» (S. 96) an, die sich heute beispielsweise – wie sie an anderer Stelle festhält – durch eine im internationalen Vergleich gesehen sehr niedrige Einbürgerungsquote kennzeichnet. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz hätten restriktive Einbürgerungsbestimmungen. Allerdings läge deren durchschnittliche Einbürgerungsquote in den Jahren 2002 bis 2010 bei 1,59 (Deutsch-

land), 2,64 (Schweiz) und 3,16 (Österreich) Prozent, während die liechtensteinische Quote nach der Bürgerrechtsrevision im Jahr 2008 von ca. 1,5 auf gut 0,8 Prozent gesunken sei.

Die Ungleichstellung von Frauen in Einbürgerungsfragen dauerte im Falle Liechtensteins aussergewöhnlich lange an und verdient deshalb besondere Beachtung. Erst 1996 konnte diese endgültig aufgehoben werden. Wie Regula Argast in ihrer über zwei Jahrhunderte gehenden Betrachtung betont, hätten «vormoderne Dynamiken, die über die Zugehörigkeit der Frauen zum Gemeinwesen bestimmten […] bis weit ins 20. Jahrhundert hinein» (S. 105) weitergelebt und sich mit den Prinzipien der modernen Staatsbürgerschaft verbunden.

Die insgesamt vier Bände des Projekts «Einbürgerungen» des Historischen Vereins stellen nicht nur eine quellenreiche und mit vielen Fallbeispielen versehene Darstellung der Einbürgerungspolitik und -praxis des 19. und des 20. Jahrhunderts dar, sondern bieten darüber hinaus auch Denkanstösse für eine zukünftige liechtensteinische Einbürgerungspolitik. *Martina Sochin D'Elia, Bendern*

Wolfgang Schröder, **Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier. Ein Fragment,** hrsg. von Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner, Berlin: Karl Dietz Verlag, 2013 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. 18), 479 Seiten, 49 Abbildungen.

Nachdem Wilhelm Liebknecht, 22-jährig, im September 1848 nach dem Scheitern des ersten Anlaufes der badischen Revolution festgenommen worden war, hatte er in mehrfacher Weise Glück. Zunächst entging er knapp der standrechtlichen Erschiessung, dann wurde er im Mai 1849, als sich die politischen Verhältnisse in Baden verändert hatten, vom Vorwurf des Hochverrats freigesprochen. Und schliesslich entflammte die 16-jährige Tochter des Freiburger Gefängniswärters, Ernestine Landolt, für den revolutionären Hitzkopf, der sich offen zum Kommunismus bekannte. Lange konnte Liebknecht allerdings sein politisches und privates Glück nicht geniessen. Er schloss sich erneut den Revolutionären an, traf seine Liebste noch einmal kurz während des Rückzuges in Freiburg, bevor er sich den Weg freikämpfen musste, um in die Schweiz zu emigrieren. Dort war er 1847/48 schon einmal tätig gewesen: als Lehrer an der Musterschule von Karl Fröbel in Zürich. Ebenso war er Mitglied des Arbeitervereins «Eintracht» geworden. An eine Fortsetzung dieser Aktivitäten konnte er jetzt nicht denken. Hingegen stürzte sich Liebknecht, der sich in Genf niedergelassen hatte, auf die Aufgabe, die deutschen demokratischen und die Arbeitervereine zu reorganisieren. Dabei übernahm er das Präsidium des Demokratischen Vereins. Im Februar 1850 wurde er jedoch in Murten verhaftet und – wie viele andere deutsche Flüchtlinge – auf Druck der preussischen Regierung ausgewiesen. Er ging nach London und suchte dort, nachdem er in der Schweiz schon Friedrich Engels (1820–1895) kennengelernt hatte, Karl Marx (1818–1883) auf. Mit diesem verband ihn eine lebenslange Freundschaft, die trotzmanch harter Auseinandersetzungen und Gegensätze hielt.

Als eine gesicherte Existenz in Aussicht stand, konnte Liebknecht 1854 Ernestine Landolt nach London holen und heiraten. Aus der erhofften Stelle wurde freilich nichts, und das Ehepaar musste lange im Elend leben. Das änderte sich auch nicht grundlegend, als es 1862 nach Deutschland zurückkehren durfte. Ernestine Liebknecht brach 1865 unter den Belastungen ihres Lebens zusammen, zwei Jahre später erlag sie in Leipzig der Tuberkulose. Wilhelm Liebknecht

schwor Rache und schrieb: «Hätte sie ihr Leben nicht an das meine gekettet, sie würde noch leben. Freilich, sie liebte mich.» Ein Jahr später heiratete er Nathalie Reh (1835–1909), auch um den inzwischen geborenen Kindern wieder eine Familie zu geben.

Diese Ehe litt immer wieder darunter, dass Wilhelm Liebknecht mit Leidenschaft und Energie seiner «Rache» nachging. Er wollte dazu beitragen, die herrschenden Verhältnisse umzustürzen und in Deutschland, ja in der ganzen Welt eine wahrhaft menschliche Gesellschaft entstehen zu lassen. Nach einem Zwischenspiel in Ferdinand Lassalles (1825–1864) Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein gründete er zusammen mit August Bebel (1840–1913), den er von der Marxschen Richtung überzeugt hatte, 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die spätere SPD. 1870/71 verurteilten beide als Reichstagsabgeordnete den Deutsch-Französischen Krieg und die Annexion Elsass-Lothringens durch das Deutsche Reich. Eine zweijährige Festungshaft wegen Hochverrats war die Folge. Aus politischen Gründen kam Liebknecht noch mehrmals in Haft. Dennoch wirkte er unermüdlich für die Ziele der Sozialdemokratie sowie der Ersten und Zweiten Internationale. Er konnte erleben, wie die SPD trotz des Bismarckschen «Sozialistengesetzes» zwischen 1878 und 1890 bei den Wahlen immer stärker wurde. Selbst in den USA, die er 1886 besuchte, fanden seine Ansichten erheblichen Anklang. Obwohl es immer wieder Kritik an einzelnen Massnahmen, Äusserungen und Verhaltensweisen gab, blieb Liebknecht neben Bebel bis an sein Lebensende 1900 der unbestrittene Führer der SPD.

Wolfgang Schröder (1935–2010) hat als anerkannter Historiker zunächst in der DDR und nach der «Wende» auch in der BRD wichtige Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Parlamentarismus vorgelegt. Nachdem er bereits ein Buch über Ernestine Liebknecht (1897, 2. Aufl. 1989) und einen Aufsatz über Nathalie Liebknecht (1990) veröffentlicht hatte, sollte sein Buch über Wilhelm Liebknecht sein Hauptwerk werden. Leider hat er es vor seinem Tod nicht mehr vollenden können. Seine Frau Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner haben die vorliegende Publikation aus den fertig gestellten Texten, Entwürfen und früher herausgegebenen Aufsätzen zusammengestellt. Obwohl die Darstellung ihren fragmentarischen Charakter nicht verleugnen kann, ist die Veröffentlichung unbedingt zu begrüssen. Schröder hat in einem bisher nicht bekannten Ausmass Quellen ausgewertet und in der Verbindung von privatem und öffentlich-politischem Leben ein vielschichtiges Bild Liebknechts gezeichnet. Er tritt als fürsorgliche, integre, solidarisch handelnde Persönlichkeit ebenso in Erscheinung wie als aufbrausender Heisssporn, als manchmal voreilig zu Kompromissen neigender Politiker, als mitreissender Redner und Journalist oder als begabter Organisator. Differenziert werden seine nicht immer konfliktfreien Beziehungen zu anderen führenden Mitgliedern der Arbeiterbewegung – nicht zuletzt zu Engels, aber auch zu Marx, Karl Kautsky (1854–1938) oder Johann Most (1846–1906) – geschildert. Viele neue Einzelheiten aus der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung kommen ans Licht. Für die weitere Forschung ist dieses Buch unverzichtbar.

Heiko Haumann, Elzach-Yach/Basel

Drew Keeling, **The Business of Migration between Europe and the United States, 1900–1914,** Zürich: Chronos Verlag, 2012, 345 Seiten, 7 Abbildungen.

Die Geschichte der Massenwanderung aus verschiedenen Regionen in Europa nach Nordamerika im langen 19. Jahrhundert ist weitgehend erforscht. In den 1970er und 1980er Jahren entstand eine Reihe von «transatlantischen» Arbeiten, welche die Ergebnisse zahlreicher Auswanderungs- und Einwanderungsstudien zusammenführten und über den Tellerrand der nationalen und ethnischen Paradigmas hinausblickten. Zu nennen ist hier etwa das von Dirk Hoerder entwickelte Projekt über transatlantische Arbeitsmigration. Das Projekt demonstrierte die Grenzen der Begriffe «Ein-» und «Auswanderung», die in erster Linie auf staatlichen Kategorien basieren. Der Begriff Migration beschreibt die Offenheit von Wanderungsprozessen besser: Ein nicht geringer Teil der europäischen Aus- bzw. Einwanderer kehrte nach einigen Monaten oder Jahren in ihre Heimat zurück, kleinere Gruppen migrierten in Drittländer. Die transatlantische Perspektive zeigt auch die engen Zusammenhänge zwischen Migration und wirtschaftlichen Transformationsprozessen in verschiedenen Regionen Europas und Nordamerikas auf.

Die Studie des Wirtschaftshistorikers Drew Keeling beleuchtet zwei wesentliche, kaum untersuchte Aspekte der transatlantischen Massenmigration: die Geschichte der Atlantiküberquerung und die Geschäftspolitik der grossen Schifffahrtsgesellschaften zwischen 1900 und 1914. Auf welchen Routen fuhren Migranten in die Neue Welt? Warum entschieden sie sich für oder gegen bestimmte Schifffahrtsgesellschaften (und deren Häfen)? Wie gestaltete sich die Konkurrenz zwischen den Schifffahrtsgesellschaften und welche Rolle spielte der Preis für die Schiffspassage? Wer organisierte die Reise zum und vom Hafen? Wie erlebten «normale» Passagiere die Reise und welche Handlungsspielräume besassen sie? Diese von Keeling thematisierten Fragen haben nur wenige Autoren aus einer übergreifenden Perspektive erörtert, etwa Lamar Cecil in seiner Albert-Ballin-Biographie (1967) oder Erich Murken in seiner Studie über die Geschäftspolitik der grossen Schifffahrtsgesellschaften (1922).

Viele Passagiere der Schifffahrtsgesellschaften auf dem Weg nach oder von Nordamerika bewegten sich nach 1820 buchstäblich über die scheinbar festgefügten Grenzen der jeweiligen nationalen Geschichtsschreibungen, indem sie durch verschiedene Transitländer reisten: insbesondere durch Deutschland und Grossbritannien, aber auch Schweden, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Frankreich, die Schweiz und Kanada. Die meisten Migrationshistoriker interessier(t)en sich für Menschen, die sich dauerhaft ansiedelten oder ihre Heimat verliessen, aber von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht für Durchwanderer. Abgesehen von Bildbänden, einigen Ausstellungskatalogen, populärwissenschaftlichen Darstellungen (etwa über den Untergang der Titanic 1912) und publizierten Memoiren ist erstaunlich wenig über die Geschichte der grossen Schifffahrtslinien bekannt, über ihre Geschäftspolitik, ihren politischen Einfluss und über die von ihnen massgeblich beeinflussten Reiserouten von Millionen von Amerikamigranten (und Rückwanderern) in und jenseits von Europa. Keelings differenzierte Arbeit, die auf Beständen in mehr als einem Dutzend Archive in Europa und Nordamerika basiert, schliesst daher eine wichtige Lücke.

Die sorgfältig recherchierte Studie behandelt vor allem die Konkurrenz und Kooperation der grossen Schifffahrtsgesellschaften. Die sieben chronologisch angelegten Kapitel konzentrieren sich auf die vier bedeutendsten Schifffahrtsge-

sellschaften: die Hamburg-Amerika-Linie (HAPAG), den Norddeutschen Lloyd (Bremen), die White Star Linie (Liverpool) und die Cunard Linie (Liverpool). Die Dominanz der deutschen und britischen Linien resultierte teilweise aus der starken Amerikawanderung Mitte des 19. Jahrhunderts: vor 1880 kamen 90% aller Amerikawanderer aus Grossbritannien (und Irland) und aus deutschsprachigen Regionen in Mitteleuropa. Keeling kann zeigen, dass die schwankenden Ticketpreise keinen nennenswerten Einfluss auf die Migration hatten. Die These, dass die Schifffahrtsgesellschaften Migranten absurd überhöhte Preise abverlangten ist ebenso verkürzt wie die Annahme, dass die Schifffahrtsgesellschaften Migranten zur Auswanderung verleitet hätten. Vielmehr, so plädiert Keeling auf Basis einer längerfristig angelegten Analyse, mussten sich die Schifffahrtsgesellschaften gegen wirtschaftliche Risiken wappnen. Um Phasen geringerer Auslastungen während zyklischer Rezessionen durchzustehen, mussten sie in Zeiten starker Auslastung höhere Preise verlangen und Kapitalreserven aufbauen. Diese langfristig angelegte Strategie hatte auch für Migranten wichtige Vorteile: Sie konnten sich auf regelmässigen Service auf komfortablen und sicheren Schiffen verlassen.

Keeling präsentiert und diskutiert umfangreiches Datenmaterial zur Zahl (und Herkunft) der Passagiere und zum Umsatz der Schifffahrtsgesellschaften. Ausführlich erörtert er die Verbesserung der Sicherheitsstandards und des Komforts für Passagiere in der einfachsten Klasse. Er thematisiert auch die Reise zu und von Häfen in Europa und Nordamerika sowie die Lobbytätigkeit der Schifffahrtsgesellschaften gegen eine Verschärfung der Ein- und Durchwanderungspolitik in verschiedenen Staaten. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die fragile Kooperation der Schifffahrtsgesellschaften. Preisabsprachen waren legal, aber niemals von langer Dauer. Keeling widmet dem grossen Preiskampf von 1904 ein eigenes Kapitel, auch um zu belegen, dass die deutlich reduzierten Ticketpreise alleine nicht die hohe Migration aus den vom Preiskampf betroffenen Regionen in diesem Jahr erklären. Die Studie reflektiert den neuesten Stand der Forschung in der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, der historischen Migrationsforschung und der Schifffahrtsgeschichte. Das Literaturverzeichnis der Arbeit ist besonders wertvoll, weil hier neuere und nur Spezialisten bekannte historische Titel aufgeführt sind. *Tobias Brinkmann, Pennsylvania State University (USA)*

Carla Cordin, **Ettore Cordin. Das Tagebuch eines k. u. k. Soldaten im Ersten Weltkrieg. Edition und Analyse,** Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag, 2012 (Menschen und Strukturen. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien, hrsg. von Heiko Haumann, Bd. 20), 240 Seiten.

2014 jährt sich zum 100. Mal der Ausbruch des Ersten Weltkrieges – jener «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts. Während zahlreiche Publikationen die Gesamtheit der Ereignisse abzubilden und zu erklären versuchen, belegt Carla Cordins lesenswertes Buch, dass die Geschichtswissenschaft den Blick auf die Mikroebene des persönlichen Erlebens unbedingt braucht. Mehr noch: Cordin zeigt anhand ihrer inhaltlich wie methodisch hochwertigen Studie, dass Geschichte immer auch Familiengeschichte ist. Es ist schade, dass nur wenige Wissenschaftler den Mut aufbringen, familiäre Ego-Dokumente zum Untersuchungsgegenstand zu machen. Cordin (Jahrgang 1987) lässt sich von dem Umstand, mit familiengeschichtlicher Forschung eher belächelt zu werden, nicht abhalten und ermöglicht dem Leser anhand der Analyse und der Edition des Kriegstagebuches ihres Urgrossvaters väterlicherseits einen spannenden Einblick in Kriegserlebnis und

-wahrnehmung eines Soldaten im Alpenkrieg in Norditalien. Dabei beweist sie jederzeit wissenschaftliche Seriosität, ohne deswegen auf eine gewisse Nähe zum Protagonisten ihrer Untersuchung zu verzichten. Ihr Urgrossvater Ettore Cordin (Jahrgang 1884) ist ein «in der Deutschschweiz aufgewachsener, italienischsprachiger Tiroler, der eine Zeit lang in Deutschland arbeitet und dann für Österreich im Trentino gegen Italien kämpft» (S. 122). Als zentrale Fragestellung möchte die Autorin Ettore Cordins Wahrnehmung der Zeit des Weltkrieges herausarbeiten und einen «Beitrag zur Erforschung von Kriegsalltag und Kriegserleben» leisten (S. 27). Ihre Studie möchte Carla Cordin verstanden sehen als Versuch, «etwas zu verstehen und nicht als Anmassung, etwas zu wissen» (S. 13) – eine in der Geschichtswissenschaft seltene, angenehm zurückgenommene Grundhaltung.

Ihr Quellenkonvolut sind die mit «1915 – Kriegs-Erinnerung – 1919» betitelten Tagebücher des Urgrossvaters, die dieser während seiner Zugehörigkeit zur Armee führte. Da Ettore Cordin vorher und nachher kein Tagebuch führte, unterstreicht dies die Besonderheit, die er dem Kriegserlebnis beimass. Anhand nachträglicher Verbesserungen kann Carla Cordin die Absicht des Autors nachweisen, das Tagebuch anderen zum Lesen zu geben. Die Autorin nähert sich der Quelle zunächst in zwei grundlegenden Kapiteln, in denen Quellenwert und Aussagekraft von Selbstzeugnissen (Kap. 2) und der Forschungsstand zum Ersten Weltkrieg rekapituliert werden (Kap. 3). Die auffallende Kürze dieser beiden einleitenden methodologischen Kapitel erweckt jedoch den Eindruck einer Pflichtübung. Mit spürbarer, charmanter Freude widmet sich Cordin dem Quellenkonvolut selbst (Kap. 4). Dabei erläutert sie zunächst ihre Fragestellung (Kap. 4.1), diskutiert am konkreten Beispiel des Kriegstagebuches erheblich ausführlicher und problembewusst den Quellenwert (Kap. 4.2), liefert die biographischen Hintergrundinformationen zu Ettore und stellt die Formalia des Kriegstagebuchs und ihren wissenschaftlichen Umgang damit vor. Die Auswertung der Quelle ist aufgeteilt in eine chronologische und eine thematische Analyse (Kap. 4.4 und 4.5). Dabei lässt Carla Cordin ausführlich die Quelle selbst sprechen und ergänzt die umfangreichen Zitate mit Hintergrundinformationen. Das ist sinnvoll, jedoch wird hier der Lesefluss erschwert durch den ständigen Wechsel zwischen Präsens (wenn auf Ettores Erlebnisse eingegangen wird) und Präteritum (wenn die Kriegssituation erläutert wird o. ä.). Mit welcher Intention schrieb Ettore sein Kriegstagebuch? Was verrät der Schreibstil über den Autoren? Was wird offensichtlich verschwiegen? In mehreren solchen quellenkritischen Einschüben zeigt Carla Cordin, wie multiperspektivisch sie ihre Quelle analysiert. Sie kommt zu dem Schluss, dass ihr Urgrossvater mit seinem Tagebuch bezweckte, «möglichst genau festzuhalten, worin seine Zeit als Soldat besteht und wie das Leben im Militär, im Krieg, aussieht» (S. 112). In diesem Kontext fällt auf, dass Ettore auf selbstreflexive Gedanken oder die Schilderung von Gefühlen eher verzichtete. Nur bei eigenen Frontaufenthalten schrieb er über den Kriegsverlauf und die Intensität der Kämpfe. Bei Aufenthalten im Hinterland oder Lazarett verlor er kein Wort über die politisch-militärische Entwicklung. Obwohl also offensichtlich keine emotionale Identifikation mit den Kriegszielen vorlag, akzeptierte Ettore den Referenzrahmen des Soldaten: Abgesehen von verständlichen Versuchen, sich aus allzu bedrohlichen Situationen fernzuhalten und den Krieg möglichst zu überleben, zeigte Ettore das Bestreben, ein «guter» Soldat zu sein. Erst im Jahr 1918 zeigt sich eine zunehmende Friedenssehnsucht. Die deutsch-österreichische Niederlage erklärte Ettore sich mit schlechter eigener Ausrüstung und mangeln-

dem Nachschub. Dem Gegner sprach er in teils harschen Worten den militärischen Sieg, ja sogar die Befähigung zum Kämpfen überhaupt ab. Hier zeigt sich bereits die Legende eines «im Felde unbesiegten» Heeres, die in den Folgejahren der «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts noch für so viel Unheil sorgen sollte.

Die vollständige Edition (Kap. 6) des Kriegstagebuchs Ettore Cordins und die vorherige stringente Analyse durch seine Urenkelin sind ein Plädoyer für eine «Geschichte von unten». Neben aller wissenschaftlichen Sachlichkeit hätte Carla Cordin gerne auch etwas ausführlicher erwähnen können, wie sich die Bearbeitung dieses familiengeschichtlichen Stoffes auf sie selbst ausgewirkt hat. Zweifelsohne beweist sie jedoch, dass die Quellen für eine erkenntnisreiche wissenschaftliche Arbeit nicht zwangsläufig in einem Archiv liegen müssen, sondern – wenn man den Mut und die Innovationskraft dazu aufbringt – auch auf dem eigenen Dachboden.

Moritz Pfeiffer, Tübingen

Angela Taeger (Hg.), **Diagnose: Krank. Prognose: Ungewiss. Über die Lebenserwartungen von Krankheiten,** Frankfurt a. M.: Referenz Verlag, 2013, 277 Seiten.

Diskussionen in populären Medien und wissenschaftliche Analysen treffen selten gleichzeitig ein. Doch im Fall der Entdeckung angeblicher «Krankheiten» durch interessierte Ärzte und die pharmazeutische Industrie (ADS, männliches Klimakterium, Internetsucht) sowie der öffentlichen Kritik daran liegt die Sache etwas anders. Der vorliegende Band, herausgegeben von der Oldenburger Historikerin Angela Taeger, systematisiert und verwissenschaftlicht die in Illustrierten und Magazinen aufgeworfenen Fragen nach Sinn und Unsinn von Krankheitszuschreibungen in der Postmoderne. Die Autoren sind mehrheitlich Soziologen und Ärzte, die jedoch historische Aspekte stets einbringen, so dass der Sammelband für Sozial-, Medizin- und Gesellschaftshistoriker gleichermassen interessant sein dürfte. Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte: Pathologisierung/Entpathologisierung, Krankheiten als fragile Konstrukte, Hinterfragung medizinischer Zuordnungen und vergangene Pathologien.

Der ehemalige Herausgeber des einflussreichen British Medical Journal (BMJ), Richard Smith, nimmt die Leser mit auf eine Reise in die Vorstellungswelten heutiger und früherer Ärzte und ihrer Überlegungen, was eine Krankheit sein könnte (oder eben auch nicht). Das BMJ führt immer wieder Umfragen über «non-diseases» durch, welche durch ärztliche Praxen geistern. Derzeit liegen «Cellulitis», «Penisneid» und «Geburt» weit vorne (S. 24) – angesichts der Versuche in früheren Jahrhunderten, Schwangerschaft zu pathologisieren, eine interessante Entwicklung. Angela Taeger vertieft in ihrem Beitrag die Ergebnisse der BMJ-Ranglisten.

Der Soziologe Michael Schetsche eröffnet den zweiten Teil des Sammelbandes mit seiner Theorie, wonach gesundheitliche Probleme auf soziale Schwierigkeiten hindeuten, die nach öffentlicher Debatte verlangen. Erst hierdurch könnten Betroffene hoffen, dass sich politische Akteure für ihr Anliegen interessierten (S. 43). Dass diese Klimax auch scheitern könne, wenn das mediale Interesse zu rasch erlahmt, lässt Schetsche durchblicken. Er verkennt jedoch die Möglichkeit, dass die Aktivitäten politischer Entscheidungsträger auch dazu führen können, dass die Belange der Erkrankten zugunsten staatlichen Aktionismus zurücktreten (sexueller Missbrauch). Schetsche betont die Fragilität medizinischer Diagnosen und ihrer Zeitgebundenheit – lösen sich übergeordnete soziale Bedingungen auf, gelten vormalige sichere Krankheitsmuster nicht mehr (z. B. Onanie). Dass Patho-

logisierungen vielfach sozial und politisch gewollt sind und nicht etwa (allein) der Profilierungssucht von Ärzten geschuldet sind, schildert der Emeritus für Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg, Helge Peters in seinem Beitrag. Dabei benennt Peters genau, was Soziologen unter «Pathologisierung» verstehen und wie sich diese Definitionen von den Einschätzungen anderer Disziplinen unterscheiden. Für Historiker, aber auch Mediziner ist diese Hinführung an arkane Begrifflichkeiten von grossem Wert.

Im folgenden Teil des Buches beleuchten der Umweltsoziologe Ortwin Renn und sein Kollege Alexander Jäger aus dem Bereich der Techniksoziologie die Risiken von Krankheiten – für Patienten, Gesellschaften und Ärzte allgemein. Sie beschreiben, dass für eine Opferrolle der Betroffenen nicht nur medizinische Tatsachen, sondern vorrangig öffentliches Interesse relevant ist. Wie sehr Ärzte bei solchen Debatten Getriebene des Zeitgeistes sein konnten, offenbart der Neurologe Bernd Holdorf anhand historischer Beispiele aus der Geschichte der Psychiatrie (Hysterie, Neurosen). Das Beispiel der Hysterie vertieft der Psychosomatiker Wolfgang Merkle und schildert anschaulich, wie gesellschaftliche Veränderungen die Einschätzungen von Ärzten rasch obsolet erscheinen liessen. Merkle verbindet zudem Historie und Gegenwart, indem er die Frage aufwirft, inwiefern die «Verflüssigung und Verflüchtigung traditioneller sozialer Strukturen» (S. 167) nicht nur Krankheiten zum Verschwinden, sondern auch neue entstehen lässt – beispielsweise infolge des Verlusts beruflicher Perspektiven in einer globalisierten Welt.

Der Leser, der nun eine Weiterführung der Thematik ins 21. Jahrhundert erwartet, wird ein wenig enttäuscht. Im folgenden vierten Teil des Buches gehen die Autoren nämlich zunächst vergangenen Pathologien nach. Der Soziologe Rüdiger Lautmann beschreibt gemeinsam mit dem Bibliothekar und Historiker Manfred Herzer das Verschwinden der Homosexualität als medizinische Kategorie und soziale «Perversion». Es zeigt sich, wie ärztliche Einschätzungen gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher hinken können. (Männliche) Homosexualität scheint eine besondere Kategorie zu sein: die Ärzte waren zu keiner Zeit in der Lage, den Ursprung der von ihnen als solche diagnostizierten Perversion zu klären und als die gesellschaftliche Emanzipation der vormals pathologisierten Gruppe schon vorangeschritten und durch eine neue Krankheit (AIDS) bedroht war, versagten die Mediziner auch hier bei der zentralen Aufgabe der Ärzteschaft, der Therapie. Dieses totale Scheitern mündete in einer Entmündigung der Ärzte durch die emanzipierte sexuelle Minderheit selbst, aber auch der Gesellschaft. Allerdings umgehen Lautmann und Herzer die Frage, inwiefern die Trennung der Homosexualität von der Pädophilie durch die Schwulenbewegung selbst sowie weitere soziale Akteure der Emanzipation dienlich gewesen sein könnte.

In ihrem zweiten Beitrag widmet sich die Herausgeberin Angela Taeger der Krankheitskonstruktion des «Heimwehs» und seiner Spielarten in der medizinischen und sozialen Diskussion seit dem 18. Jahrhundert. Das heute nostalgisch verklärte Verlangen, im Urlaub an zu Hause zu denken, stellte für statische Gesellschaften ein veritables Problem dar. Soldaten, die aus ihrem bäuerlichen Umfeld gerissen worden waren, fanden sich plötzlich Tausende von Kilometern entfernt wieder. Ärzte mussten sich mit dem Phänomen auseinandersetzen – gaben die Patienten ihrem Drang nämlich nach, zerfielen Armee und staatliche Ordnung.

Der Orthopäde Joachim Meyer-Holz widmet sich schliesslich in einem besonders folgenreichen Kapitel der Symbiose aus Ärzteschaft, gesellschaftlichen

Trieben, politischer Kontrolle und dem «Umgang mit Krüppeln». Meyer-Holz vermeidet euphemistische Zuschreibungen wie «körperlich behindert» und schildert in drastischer Sprache anhand vieler Beispiele das Bemühen von Ärzten und Gesellschaft, mit Personen umzugehen, denen aufgrund ihrer körperlichen Abweichung von einer vage umrissenen Norm Krankheit und Gefährlichkeit andiagnostiziert wurde. Der Höhepunkt der Diffamierung wurde im Nationalsozialismus erreicht, als sich Ausschliessung und Überwachung in Ausrottung verwandelten. Aber erst in den 1970er Jahren wurden die um 1900 eingeschlagenen Pfade der «Krüppelfürsorge» allmählich verlassen, als deutsche Therapeuten die Herangehensweise in anderen Ländern zu rezipieren begannen.

Den Abschluss des Sammelbandes stellt der Beitrag der beiden Ärzte Gerd Lehmkuhl und Jan Fröhlich dar, die sich den Krankheitsrisiken widmen, die mit den neuen Medien in Verbindung gebracht werden. Sie schildern die engen Grenzen der «Internetsucht» und grenzen sie von populistischen Umarmungsstrategien interessierter Ärzte, Journalisten und Politikern («digitale Demenz») ab. Die eventuellen Folgen eines «pathologischen Medienkonsums» (S. 272) werden benannt, aber die Frage nach den sozialen Ursachen, warum sich gerade junge Menschen lieber in Traumwelten flüchten als sich in der Realität zu verwirklichen, wird nicht gestellt.

Im Ganzen ist der vorliegende Sammelband ein wertvoller Beitrag zur Aufschlüsselung und historischen Erklärung von Krankheitsbegriffen und ihrer Vergänglichkeit – unter alleiniger Berücksichtigung der Schulmedizin. Sämtliche Autoren verstehen es, den Lesern anschaulich ihr Anliegen zu vermitteln. Es fehlen nur wenige Aspekte, vor allem eine tiefergehende Hinterfragung der Ursachen für soziales Verhalten, das in Krankheitszuordnungen mündet. Darüber hinaus wäre eine Einbeziehung der empirischen Befragungen, weshalb Patienten Ärzten misstrauten, möglicherweise wertvoll gewesen. Doch mindert dies den Wert des Sammelbandes nur marginal. Für weitere Bände der Reihe «Medizin und Gesellschaft», in der das Buch erschienen ist, wäre eventuell die Einführung eines Registers vorzuschlagen. *Florian G. Mildenberger, Frankfurt/Oder*

Rose Duroux, Catherine Milkovitch-Rioux (Eds.), **Enfances en guerre. Témoignages d'enfants sur la guerre,** Genève: L'Equinoxe, 2013, 269 pages.

A l'heure où résonnent de toutes parts les commémorations de la Grande Guerre, l'ouvrage «Enfances en guerre» rappelle opportunément que les soldats n'ont pas été seuls à être affectés par le déroulement des événements guerriers. Les chapitres de ce livre poignant en portent témoignage, en centrant leur propos sur une catégorie d'acteurs jusque-là trop souvent négligée par les travaux scientifiques dédiés à l'histoire des conflits contemporains: les enfants. C'est bien ce qui fait le grand intérêt de cet ouvrage, dont l'ambition était précisément, pour reprendre les mots de ses éditrices, de «porter un regard nouveau sur les enfants comme acteurs, et non seulement comme victimes de guerre» (p. 13). Répondant en cela à l'appel de S. Audouin-Rouzeau dans un livre pionnier,[2] l'ouvrage vise en effet à contribuer à l'affirmation d'un nouveau domaine de recherche en histoire qu'est l'étude des documents et archives de guerre produits «à hauteur

2 Stéphane Audoin-Rouzeau, La Guerre des enfants 1914–1918. Essai d'histoire culturelle, Paris 1993.

d'enfant» (pour reprendre l'expression souvent employée par les auteurs ici réunis). Dans un double but: d'une part contribuer à enrichir notre connaissance des phénomènes et des cultures de guerre en les analysant à partir de sources originales, donnant à voir d'autres réalités, d'autres conséquences, d'autres implications que celles rendues visibles par les matériaux d'archives «classiques» (archives institutionnelles de toutes sortes évoquant les champs de bataille ou leurs divers effets sur «l'arrière», sources diplomatiques, témoignages de soldats ou de victimes civiles adultes, etc.). Ici, le parti-pris est de centrer le regard sur une catégorie d'acteurs spécifiques, celle des enfants, en tentant d'interroger leur capacité à produire des documents signifiants sur les phénomènes de guerre. Pour ce faire, le pari a été fait (et c'est le deuxième objectif méthodologique de l'ouvrage) de mettre en œuvre une démarche interdisciplinaire pour tenter de faire parler ces documents, en croisant une diversité de perspectives et de regards experts: archivistes, spécialistes de littérature, psychiatres, psychologues, acteurs humanitaires et historiens (on trouvera en annexe finale de l'ouvrage la liste des contributeurs) se succèdent ainsi en un dialogue virtuel pour s'efforcer de pointer ce qui distingue le témoin enfant du témoin adulte des phénomènes guerriers propres au 20e siècle. Mais aussi, pour montrer en quoi sa production spécifique (dessins, témoignages, souvenirs) peut aider les sciences sociales à penser, voire à repenser, ces mêmes phénomènes.

Virtuel, mais pas seulement: le présent ouvrage résulte en effet d'un colloque, bien réel celui-là, qui a eu lieu à Paris en 2011 autour de cette même thématique, en interaction avec un projet de recherche et divers autres événements, notamment une exposition de dessins d'enfants à partir desquels plusieurs des contributions de l'ouvrage ont bâti leurs démonstrations. D'ailleurs, on ne peut que recommander la consultation de l'ensemble de la documentation ainsi produite, tant elle est consubstantielle aux propos et aux illustrations insérés dans l'ouvrage, et tant elle est facile d'accès grâce à sa mise en ligne (www.enfance-violence-exil.net).

Au cœur de cette collection comme du livre «Enfances en guerre», l'œuvre du couple Brauner, Françoise et Alfred, occupe une place de choix: c'est par le biais de ces deux personnalités que la problématique de l'usage et de l'interprétation des témoignages d'enfants (spécialement leurs dessins) a dès l'abord suscité l'intérêt des spécialistes, et tout particulièrement des historiens. De fait, leurs expériences et leur approche en matière de collecte et de valorisation de cette source originale occupe une large place dans l'ouvrage. Tout d'abord à travers des contributions de personnalités qui leur ont été proches, réunies dans la première partie du livre («A propos de Françoise et d'Alfred Brauner»). Mais c'est aussi en tant que producteurs d'analyses que le couple est également étudié, notamment par le biais de leur apport à la constitution de l'étude de dessins d'enfants comme champ de recherche dans l'espace francophone. La deuxième partie de l'ouvrage, «Le dessin d'enfant comme objet d'étude», aborde cette problématique et offre aux historiens de très éclairantes pages méthodologiques, en particulier par la contribution de Manon Pignot. Celle-ci souligne les nouveaux savoirs que cette source peut offrir aux historiens des faits guerriers. De nouveaux savoir-faire y sont aussi déployés, notamment par la contribution d'Emilie Lochy, qui élabore une analyse fine de ces matériaux archivistiques produits par des enfants pour montrer et démontrer leur pertinence dans l'étude des constructions identitaires enfantines en temps de guerre. Encore faut-il que ces documents aient été conservés: c'est le grand mérite de l'article de l'archiviste de l'American Friends

Service Committee (Philadelphie) que d'inciter les historiens de se plonger dans les archives de diverses ONG pour y retrouver ce type de matériel et l'intégrer à leur perspective de recherche.

C'est en effet une des caractéristiques des guerres contemporaines que d'avoir suscité tout à la fois un déploiement sans précédent de violences guerrières, mais aussi un surgissement non moins spectaculaire d'activités humanitaires destinées à en tempérer les effets. De fait, de nombreuses contributions réunies dans cet ouvrage intéresseront tout autant les spécialistes de l'histoire de la guerre, de l'enfance, ou de l'aide humanitaire, comme le démontre la troisième partie consacrée au «Moment de la guerre d'Espagne». Moment fondateur pour les Brauner dans leur parcours personnel au service de l'enfance en danger de guerre, comme l'évoquent Rose Duroux et Celia Keren. Mais tournant aussi dans l'histoire des actions de secours aux enfants telles que les dépeignent les articles de Veronica Sierra Blas et d'Alicia Pozo-Gutierrez. Consacrées respectivement aux enfants espagnols exilés en URSS ou en Grande-Bretagne, ces deux contributions illustrent le potentiel des témoignages (recueillis ou à collecter) pour donner à voir et à comprendre «à hauteur d'enfants» les effets des actions charitables internationales inventées pour venir au secours de l'enfance victime de guerre. A cet égard, soulignons au passage que pour être encore plus pertinentes, certaines de ces démonstrations gagneraient sans nul doute à mieux prendre en compte les acquis et questionnements du nombre croissant de travaux produits depuis plus d'une décennie sur l'histoire de l'humanitaire (notamment par des chercheurs anglo-saxons). Les témoignages d'enfants pourraient en effet fournir d'utiles contrepoints à une histoire de l'aide humanitaire encore trop souvent institutionnelle, et majoritairement orientée vers les «bienfaiteurs» (leurs objectifs, leurs moyens, leur profil), au détriment des «assistés» (leurs attentes, leurs besoins, leur devenir). Tout un champ de recherche s'ouvre ici, dont l'exploitation future promet d'alimenter nos connaissances encore bien limitées sur la genèse et l'affirmation de ce phénomène historique de grande ampleur qu'est l'humanitaire d'après-guerres (guerres civiles, coloniales, post-coloniales, froides).

C'est d'ailleurs sur ce terrifiant diaporama de la diversité des guerres contemporaines que se clôt la partie de l'ouvrage dédié aux contributions «traditionnelles» lors du colloque originel, avec l'ensemble des «Expériences et représentations enfantines des guerres et génocides». Successivement, les auteurs y déroulent le fil des conflits contemporains en Palestine, en Tchétchénie, en Arménie, au Rwanda, au Guatemala, tels que vus à travers les dessins et productions enfantines que ces affrontements ont pu induire. La démonstration de la pertinence du témoignage enfantin comme source pour mieux saisir les impacts de phénomènes guerriers y perd sans doute en profondeur méthodologique, à l'image des contributions d'Amina Rachid ou de Janine Altounian, centrées sur des témoignages et souvenirs d'adultes, dont le statut spécifique aurait mérité une mise en perspective au vu de la thématique générale du colloque. C'est d'autant plus dommage que l'ouvrage a pour ambition de lancer une direction de recherche nouvelle: des considérations méthodologiques argumentées sur un propos et un matériel «concret» permettraient à coup sûr de mobiliser des jeunes chercheurs sur ces questions en leur suggérant des pistes, des problématiques, des questionnements sur l'histoire au prisme du regard enfantin. Par ailleurs, on pourrait reprocher à cette quatrième partie de ne pas épuiser la grande diversité des expériences enfantines de la guerre, qui sans doute ne se résument pas uniquement aux violences et aux deuils:

le temps de guerre, comme l'ont montré des travaux récents,[3] c'est aussi, pour les enfants, une métamorphose des rapports intrafamiliaux, des contenus scolaires, des activités ludiques, des consommations quotidiennes, de l'insertion professionnelle pour les jeunes … dont il conviendra aussi de lancer l'étude en mobilisant ces sources nouvelles.

Alors certes les auteurs rassemblés ici, qu'ils soient issus de la nébuleuse humanitaire, témoins ou descendants de témoins, ne consacrent que peu de lignes à ces considérations. Le propos général y gagne par contre en puissance de conviction et en démonstration d'une force: celle de la voix et du regard enfantin qui crient silencieusement, sur le papier, leur traversée de la guerre et de ses horreurs.

Un chapitre au-delà du poignant, donc, qui débouche sur une partie conclusive quant à elle un peu hétérogène: faite d'interventions retranscrites d'une table ronde, d'un témoignage sur le Rwanda, d'entretiens et de bilans tirés successivement par Stéphane Audouin-Rouzeau et Manon Pignot, cette partie se clôt sur une analyse mesurée du potentiel, pour les chercheurs en sciences sociales, d'une exploitation de ces productions enfantines. Un bilan qui pointe tout d'abord le caractère opératoire de ces productions enfantines pour mieux comprendre les phénomènes de guerre, pour autant que ces sources, comme tout autre matériel soumis à l'investigation historique, soient dûment critiquées, remises en contexte, et confrontées avec d'autres archives. Mais il faut encore, et Manon Pignot y insiste judicieusement, que ces analyses ne restent pas «confinées» au statut de preuve mise au service du seul postulat de leur pertinence. Autrement dit, comme toute autre source historique, les productions enfantines doivent être mobilisées pour alimenter une problématique de recherches (M. Pignot en suggère quelques-unes), et non pas uniquement pour valider le concept de l'enfant-acteur (et pas simplement victime) de l'histoire guerrière ou de l'histoire tout court.

Au final, ce livre aura le mérite de démontrer que les témoignages et les productions enfantines représentent une source qu'il conviendra donc de traquer (dans les écoles, les familles, les institutions publiques ou privées), ou de *re-susciter* (dans les mémoires des jeunes ou des adultes qu'ils et elles sont depuis devenus). Mais aussi, et surtout d'exploiter pour ce qu'elle peut nous dire, «à hauteur d'enfant», de l'histoire de nos sociétés, de leurs conflits et de leurs (re)constructions.

Joelle Droux, Genève

Malgorzata Pakier, Bo Strath (Hg.), **A European Memory? Contested Histories of Remembrance,** New York/Oxford: Berghahn Books, 2012, 356 Seiten.

Ausgangspunkt dieser Schrift ist ein Treffen am Europäischen Universitätsinstitut in Florenz im Frühjahr 2007. Die mehrfach erwähnte Ablehnung des Verfassungsvertrags durch Frankreich und Dänemark im Jahr 2005 war sozusagen in frischer Erinnerung, die im Zentrum der Tagung stehende Frage, welches Gedächtnis/Geschichtsbewusstsein («memory») das europäische Integrationsprojekt brauche, erschien aber schon vorher als wichtig und ist es auch nachher noch. Nicht überraschend wird die Frage, ob es ein europäisches Gedächtnis gebe, mehrheitlich negativ beantwortet. Obwohl per se vielleicht ebenfalls kritisch be-

3 Susan R. Fisher, Boys and girls in no man's land. English-Canadian children and the First World War, Toronto 2011; Manon Pignot, Allons enfants de la patrie. Génération Grande Guerre, Paris 2012; Rosie Kennedy, The Children's war. Britain, 1914–1918, Basingstoke 2014.

wertet, erscheinen die nationalen Gedächtnisse als wesentlich stärkere und eine die europäische Vielfalt gewährleistende Kraft.

Die Publikation unterscheidet zwei Teile: einen theoretischen, konzeptionellen, normativen Teil und einen vier Felder berührenden Teil a) zum Zweiten Weltkrieg, b) zum Holocaust, c) zur kommunistischen Vergangenheit und d) zur kolonialen Vergangenheit. Die Erinnerungspflege gilt den «dark sides». Gibt es keine anderen oder besteht unsere Aufgabe darin, ausschliesslich diese gegenwärtig zu behalten?

Das Buch ist insofern ausgesprochen europäisch, als die Historiker und Historikerinnen, zu einem grossen Teil in Florenz akkreditierte Nachwuchskräfte, aus einem breiten Herkunftsspektrum stammen (Ungarn, Dänemark, Grossbritannien, Schweden, Deutschland, Österreich, Bosnien-Herzegovina und Polen). Auffallend ist die Abwesenheit von romanischsprachigen Beiträgen (aus Italien, Frankreich, Spanien). Dass die Franco-Zeit nicht einbezogen werden konnte, ist ein wirkliches Manko.

Wie zu erwarten, manifestieren manche Beiträge eine Gegenposition zu einem als allzu positiv bezeichneten Geschichtsbild, das sich vor allem auf Christentum und Aufklärung bezieht und die dunklen Seiten der europäischen Geschichte ausblende. Bei der Erörterung dieser dunklen Seiten stehen, ebenfalls erwartungsgemäss, Zweiter Weltkrieg und Holocaust im Vordergrund. Ausserhalb dieses Kanons liegen die Beiträge zur Sowjetherrschaft und zur europäischen Kolonialherrschaft. Die letztgenannten Beiträge gehören zu einem Teil der europäischen Geschichte, der im Bewusstsein noch längst nicht einen angemessenen Platz bekommen und mit den zwei Beiträgen zu Algerien und zum Umgang mit der samischen Minderheit in Nordskandinavien bloss eine zufällige Behandlung erfahren hat.

Klas-Göran Karlsson (Lund) deutet den *memory-boom* als Teil einer dritten Welle, die nach der ersten – der ökonomischen – und nach der zweiten – der politischen – Integration seit Beginn der 1990er Jahre die kulturelle Integration anstrebe und dabei die sprachlichen und nationalen Segmentierungen überwinden wolle. Dies versteht er als Reaktion auf die Intensivierung der innereuropäischen Kommunikation, welche die Differenzen stärker in Erscheinung treten lasse. Ob erwünscht oder unerwünscht, Geschichte wird genutzt. Selbstverständlich wird in der Globalisierung eine Ursache für die Bemühungen gesehen, einen europäischen Kulturraum zu pflegen. Dieser soll der populären Amerikanisierung und der radikalen Islamisierung Eigenheit entgegenhalten.

Karlsson zeigt die verschiedenen historisierenden Gebrauchsvarianten auf: den *existential use* in Momenten der Unsicherheit und des rasanten Wandels; den *moral use* zur Verarbeitung kritisch beurteilter Vergangenheit (nicht einzig des Holocaust, sondern mit *Glasnost* auch der Sowjetvergangenheit); sodann den nicht leicht davon abgrenzbaren *Ideological use,* der moralische Empörung in einen relevanten Bedeutungskontext überführen will; im weiteren den *Political use* mit seiner schnellen Instrumentalisierung historischer Versatzstücke und – schliesslich – den *Scholarly-scientific use,* der sich oft bewusst vom trivialen Alltagsgebrauch absetzt und dabei für sich in Anspruch nimmt, mehr oder weniger exklusiv kritisch und analytisch zu sein. Wissenschaftlichkeit ist für Karlsson weniger auf Innovation aus als auf Weiterführung eines bereits etablierten Wissenschaftsverständnisses.

Konrad H. Jarausch (Potsdam) markiert im sehr lesenswerten Schlusskapitel Verständnis für die (wohl von ihm selbst praktizierte) Zurückhaltung der profes-

sionellen Historiker gegenüber den Bestrebungen, die Geschichte für das politische Vergemeinschaftungsprojekt nützlich zu machen. Die anhaltende Aufmerksamkeit gegenüber der dunklen Seite der Vergangenheit versteht er als eine Art Versicherungspolice, die vor Wiederholung bewahre, aber keine positive Zukunftsvision vermittle. Diese könnte aber, wie er andeutet, in der Französischen Revolution und im Zusammenbruch des Sowjetkommunismus gesehen werden. Mit Blick auf die liberalen und sozialen Bewegungen sagt er, dass vieles, was Europa in der Vergangenheit untereinander verknüpft hat, nicht erfunden, sondern bloss wiederentdeckt werden müsse. *Georg Kreis, Basel*

KLIO

KLIO Buchhandlung und Antiquariat von der Crone, Heiniger Linow & Co.

Wissenschaftliche Buchhandlung mit umfangreichem Sortiment und fachspezifischen Dienstleistungen

Buchhändlerisch und wissenschaftlich ausgebildetes Personal

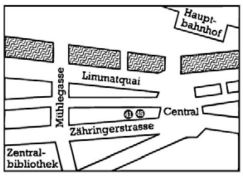
Eigene Neuheitenkataloge

An- und Verkauf antiquarischer Bücher

Geschichte
Philosophie
Germanistik
Alte Sprachen
Soziologie
Politologie
Ethnologie
Theologie
Kommunikation
Belletristik

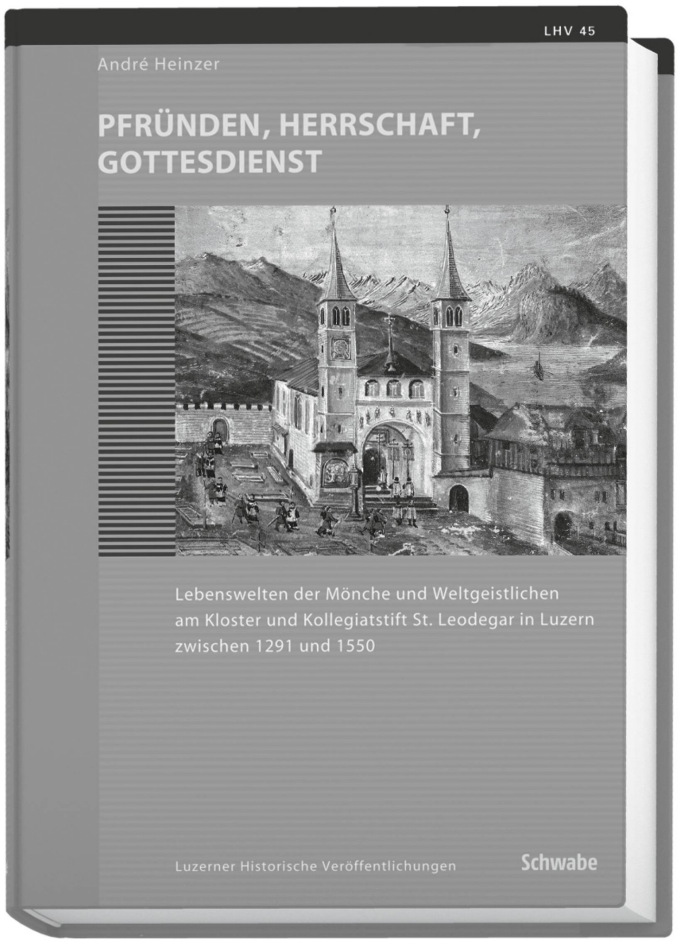
KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 45
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 42 12

KLIO Antiquariat
Zähringerstrasse 41
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 86 10



www.klio-buch.ch

Ora et labora – und was noch? Lebenswelten in einem Kloster und Kollegiatstift des späten Mittelalters



André Heinzer

Pfründen, Herrschaft, Gottesdienst
Lebenswelten der Mönche und Weltgeistlichen am Kloster und Kollegiatstift St. Leodegar in Luzern zwischen 1291 und 1550

2014. 400 Seiten, 27 Abbildungen, 3 Tabellen, 7 Grafiken. Gebunden.
sFr. 58.– / € (D) 48.50 / € (A) 50.–
ISBN 978-3-7965-3263-4

Auf der Grundlage umfangreichen Quellenmaterials gibt das Buch Einblicke in die inner- und ausserinstitutionellen Lebenswelten der Pfründner an St. Leodegar im Hof. Von Bedeutung sind dabei die jeweiligen herrschaftlichen Verhältnisse, insbesondere bei Fragen nach dem Erwerb der Pfründen, der Entwicklung der grundherrschaftlichen Verwaltung oder dem Umgang mit innerinstitutionellen Reformen. Gerade im Austausch mit der erstarkenden Stadt Luzern musste St. Leodegar seine Rolle als herrschendes wie beherrschtes Institut regelmässig wieder neu finden.